

ZUKUNFT

DIE DISKUSSIONSZEITSCHRIFT FÜR POLITIK, GESELLSCHAFT UND KULTUR



In Vielfalt
zusammenstehen
Barbara Blaha

»Wir sind jetzt der
politische Mainstream«
Jeremy Corbyn

Was bedeutet das Erbe
für die Erben?
Nikolaus Kowall

Das fehlende Element
in der Katalonien-Debatte
David Lizoain

**100 BESTE
PLAKATE**
MAK

EDITORIAL

Nach der Wahlniederlage der SPD in Deutschland und dem Wahlsieg von Kurz und Strache bei den Nationalratswahlen ist es unübersehbar geworden, dass die Sozialdemokratie kein konjunkturelles, sondern ein strukturelles Problem hat. In der sozialdemokratischen Parteienfamilie konnten zuletzt nur zwei Parteien echte Zugewinne verbuchen: Portugals SozialistInnen haben zwei Jahre nach Bildung ihrer von der radikalen Linken gestützten Minderheitsregierung und der Abkehr vom europäischen Sparkurs die Kommunalwahlen klar für sich entschieden. Und Jeremy Corbys Labour Party, die zwischenzeitlich in Umfragen bei 44% liegt.

So sehr der Ausgang der Nationalratswahlen enttäuscht, so sehr hat der Wahlkampf auch gezeigt, dass diese Botschaft auch in Österreich ankommen kann. Christian Kern hatte die stärksten Phasen seiner Kampagne, wenn er rhetorisch brillant an Corbys Konzeption angeschlossen hat. Dass allen Pleiten und Pannen zum Trotz der Basiswahlkampf nicht zum Erliegen gekommen, sondern immer entschlossener geführt wurde, zeugt zudem vom politischen Potenzial, dass seit Jahren in den weitgehend ungenutzten Möglichkeiten der Arbeit von und mit Basisstrukturen brachliegt.

Die nächsten Monate müssen in der Sozialdemokratie von einem selbstkritischen, aber gleichzeitig optimistischen Diskurs geprägt werden, wie wir unsere Partei wieder an die Spitze bringen und eine Mehrheit jenseits von Schwarz-Blau erreichen können. Dabei wollen wir in der ZUKUNFT auch die Erfahrungen von BasisfunktionärInnen verstärkt einfließen lassen, die in ganz Österreich an hunderttausende Türen geklopft und zahllose politische Gespräche geführt haben.

Bereits in dieser Ausgabe wollen wir diese Debatte beginnen:

Barbara Blaha hat sich in ihrer Eröffnungsrede beim Momentum-Kongress in Hallstatt mit dem Begriff der **Vielfalt** auseinandergesetzt und dabei herausgearbeitet, dass liberale Konzeptionen gesellschaftlicher Vielfalt um das Element **sozialer Gleichheit** erweitert werden müssen, andererseits die Parteien der Linken plurale Debatten zulassen müssen, um zu alter Kraft zurückzufinden

Ludwig Dvořák stellt elf Thesen auf, **wie aus sozialdemokratischer Sicht mit dem Wahlergebnis vom 15.10.2017** umzugehen ist und warum es, so hart die Phase einer schwarz-blauen Regierung wird, viele Ansatzpunkte gibt, optimistisch zu sein, wenn jetzt die notwendige Veränderung in Angriff genommen wird.

Nikolaus Kowall setzt sich mit der Frage auseinander, welche »Typen« von ErbInnen es in unserer Gesellschaft gibt und was am Vorwurf, eine **Erbschaftssteuer** sei »unfair« (nicht) dran ist.

David Lizoain gibt in seinem Beitrag einen **Einblick in den Konflikt um die Unabhängigkeit Kataloniens** und welche Bedeutung er aus seiner Sicht in Diskussionen innerhalb der Linken, einer politischen Auseinandersetzung um rechte Spar- und Identitätspolitik und die politische Ausrichtung wesentlicher Kapitalfraktionen hat.

Wir dokumentieren in dieser Ausgabe zudem die, mit ganz wenigen Kürzungen, vollständig ins Deutsche übersetzte **Rede Jeremy Corbys** auf dem **Parteitag der Labour Party** Ende September. Corbyn bringt in dieser Rede nicht nur die neue **Siegeszuversicht** seiner Partei zum Ausdruck, sondern arbeitet auch heraus, warum die Behauptung, dass Wahlen in der Mitte gewonnen werden ganz anders zutreffend ist, als oft behauptet wird: Es komme darauf an, dieses **politische Zentrum zu verschieben**.

Nach der **Besprechung** des neuen Buchs von **Franz Vranitzky** durch **Manfred Lang** über Respekt in der Politik schließen die **Buchtipps** diese Ausgabe ab.

Wir wünschen gute Unterhaltung beim Lesen und Schauen!

LUDWIG DVOŘÁK
Gf. Chefredakteur

Inhalt



Grafik: Rebecca Wey, Elena Gabriel, Ida Lupino
Auftraggeber: Filmpodium der Stadt Zürich
Projektauftrag an der Zürcher Hochschule der Künste
Druck: Serigraphie Uldry AG, Hinterkappelen/Bern
Drucktechnik: Siebdruck
Schweiz
© Rebecca Wey, Elena Gabriel/100 Beste Plakate e. V.

6 In Vielfalt zusammenstehen

VON BARBARA BLAHA

12 Nach der Wahl ist vor der Wahl!

VON LUDWIG DVOŘÁK

18 Was bedeutet das Erbe für die Erben?

VON NIKOLAUS KOWALL

22 Das fehlende Element in der Katalonien-Debatte

VON DAVID LIZOAIN

30 »Wir sind jetzt der politische Mainstream«

VON JEREMY CORBYN

40 Respekt, Herr Bundeskanzler!

VON MANFRED LANG

44 Buchtipps

Sachliches & Belletristisches

In Vielfalt zusammenstehen

Bei ihrer Eröffnungsrede beim Momentum-Kongress, der heuer vom 19. bis 22. Oktober zum zehnten Mal in Hallstatt stattfand, argumentierte Barbara Blaha, dass das bürgerliche Pluralismus-Ideal um die Idee sozialer Gleichheit ergänzt werden muss, um das wahre Potenzial gesellschaftlicher Vielfalt heben zu können.

Beim heurigen Kongress haben wir ein Motto gewählt, das die Arbeitsweise auf unserem Kongress gut widerspiegelt. Denn wie kein anderer Kongress im deutschen Sprachraum steht Momentum für Interdisziplinarität, für Multiperspektivität, kurz: für Vielfalt.

Zugleich ist es ja nicht so, dass Momentum nur die Vorzüge von Vielfalt verkörperte. Von Beginn an eingepreist waren wohl oder übel auch Verständnisschwierigkeiten, Skepsis gegenüber unbekanntem Methoden und Fragestellungen und nicht zuletzt politische und kulturelle Unterschiede. Unsere Buntheit hält viel Potential für uns bereit – aber eben auch gar nicht so wenig Frustrations- und Konfliktstoff. Wäre es da nicht eine Überlegung wert, die Kontraste ein bisschen einzudampfen? Die Veranstaltung stärker auf ein oder zwei Disziplinen auszurichten? Diesen ganzen politischen Anspruch fallen zu lassen, weil er die Unpolitischen irritiert und die Politischen nicht selten unzufrieden zurück lässt, weil am Ende zu wenig Konkretes übrig bleibt?

Für unseren Kongress wie für unsere Gesellschaft gilt die Frage, ob und unter welchen Umständen Vielfalt tatsächlich ein Vorteil ist.

KULTURELLE VIELFALT

Man kann heute nicht über Vielfalt sprechen und den häufigsten Zusammenhang, in dem dieser Begriff fällt ignorieren: die kulturelle Vielfalt. Der Rechten ist es gelungen, den Begriff »Multikulti« völlig zu diskreditieren, mittlerweile hält da auch die Linke kaum noch dagegen. In Wirklichkeit ist dieses höhnische »Multikulti« ein neues Etikett für alte Degenerationsphantasien. Es tut so, als ob es homogene, gleichsam natürlich gewachsene »Kulturräume« gäbe. Das Merkmal Kultur wird

dabei letztlich synonym zur Idee der Rasse gebraucht: Man wird in eine statische Kultur hineingeboren, nimmt sie qua Sozialisation auf und weder man selbst noch die umgebende Kultur unterliegt Wandlungen. Außer natürlich, es kommt zu unerwünschten Vermischungen, zum Einsickern wesensfremder Einflüsse von außen. Es ist unfein geworden, diese wesensfremden Einflüsse an Schädelformen oder Hauttypen fest zu machen. Deshalb müssen andere Symbole herhalten, an denen man sich abarbeiten kann. An denen die Vielfalt sich exemplarisch bekämpfen lässt.

Zentral ist etwa die Sprache. Meine Familie väterlicherseits stammt wie ein Drittel der Wiener Bevölkerung des Jahres 1990 aus Tschechien. Sie kamen in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts in die damals boomende Residenzstadt als »Ziegelböhm«, als Hilfsarbeiter im Baugewerbe. In Wien herrschten seit Ende des 19. Jahrhunderts die Christlichsozialen. In Erinnerung geblieben sind die und ihr Frontmann Karl Lueger vor allem für seinen rabiaten Antisemitismus. Aber ihre zweite, mittlerweile vergessene Gruppe von Lieblingsfeinden neben der jüdischen Bevölkerung waren die tschechischsprachigen Zuwanderer. Die sahen sich rasch nach ihrer Ankunft in Wien einem Assimilationsdruck ausgeliefert, der in fast allen Familien bereits nach einer Generation zum Verlust der Muttersprache führte. Und am Ende plakatierten die Straches und Vilimskys allen Ernstes »Deutsch statt nix verstehn«. Auch so kann man das Andenken seiner Großeltern schänden. Entscheidend aber ist, dass die bekritteltel Sprachenvielfalt keineswegs alle Sprachen gleichermaßen trifft, sondern vor allem die Sprachen jener, die in schlecht bezahlten Segmenten hart arbeiten müssen, um mit ihren Familien über die Runden zu kommen: türkisch, serbokroatisch, tschechisch, polnisch. Von Anfeindungen gegenüber blonden

Schweden, Französinen, Italienern oder Britinnen ist dagegen nichts zu spüren. Bekämpft wird demnach nicht die Anderssprachigkeit per se. Sondern Mittelschichten grenzen sich ab gegenüber jenen, die sich gefühlt »unter« ihnen befinden.

Ein ähnliches Phänomen beobachten wir auch in einem anderen Fall. Eventuell noch dankbarere Symbole als Sprachen sind äußere Erkennungsmerkmale. Zum populärsten Hassobjekt hat sich ein Kleidungsstück gemausert, das in der Generation unserer Großmütter auf dem Land völlig selbstverständlich getragen wurde: das Kopftuch. Nicht nur Rechte, auch dereinst progressive Geister haben in den letzten Jahren begonnen, sich daran abzarbeiten. Das Kopftuch stehe für die Unterdrückung der Frau, für ein reaktionäres Geschlechterbild. Das ist sicherlich richtig. Aber das Eintreten für Frauenrechte ist fadenscheinig, wenn dieselben Leute zugleich alle Antidiskriminierungsmaßnahmen sabotieren die allen Frauen zugutekämen.

Und Frauenrechte und Kopftuch zu verbinden ist auch dann falsch, wenn die laueren Absichten der Proponentinnen außer Streit stehen. Es soll tatsächlich im Sinne der Frauenfreiheit sein, der Geschlechtergleichberechtigung besonders dienen, ausgerechnet diejenigen Schwestern besonders innig anzufeinden, die am allerschwersten unter der Knute des Patriarchats zu leiden haben? Das soll ein Akt der Solidarität sein, von dem am Ende das diskriminierte weibliche Kollektiv in seiner Gesamtheit profitiert? Eine Form von Schutz für diejenigen sein, die ein Stück weiter sind im Kampf um Gleichberechtigung? Damit der eigene Gatte nicht auch auf Verhüllungsseiten verfällt? Nein, das ist kein Schutz.

Das ist Identitätspolitik. Die zweite Frauenbewegung hat die Frau zur gleichberechtigten Staatsbürgerin gemacht – und musste feststellen, dass die strukturelle Diskriminierung von Frauen munter weiter geht. Die prominenten Köpfe der Frauenbewegung hätten danach handeln können und sich dem Verteilungsproblem in unserer Gesellschaft zuwenden können. Dieses Verteilungsproblem ist ganz offensichtlich auch ein Geschlechterverteilungsproblem. Stattdessen haben es die handelnden Personen vorgezogen, die materielle Frage ruhen zu lassen, ihr beträchtliches Vermögen steuer-schonend in der Schweiz anzulegen, neue Freundschaften mit rechten Revolverzeitungen anzubahnen und in Kulturkampf zu machen.

Der Kampf gegen bestimmte Sprachen oder Kleidungsstücke dient offensichtlich dazu, in einer unsicheren Welt Identität

durch Abgrenzung herzustellen. Für die, die ihn propagieren, geht es vor allem auch darum, andere Themen gar nicht erst hochkommen zu lassen. So lange wir so tun, als bedrohe die »Zuwanderung ins Sozialsystem« unseren Wohlfahrtsstaat, und nicht ein Ausmaß gesellschaftlicher Ungleichheit, das mittlerweile selbst erzkapitalistische Einrichtungen wie die Weltbank, den IWF oder die EZB zunehmend in Angst versetzt, so lange wir nur damit beschäftigt sind nach unten zu treten, so lange stellen wir uns nicht dem Faktum, dass wir von oben immer aggressiver abgezockt werden. In Anlehnung an Ferdinand Kronawetter, einen Wiener Sozialliberalen des Fn de Siécle, der vom Antisemitismus als »Sozialismus der dummen Kerls« sprach, könnte man sagen: Xenophobie ist Wohlfahrtsstaatverteidigung für Einfältige. Ob wir den Wohlfahrtsstaat verteidigen und ausbauen können hängt nicht von der Zuwanderung ab, sondern vom Grad der Umverteilung. Es ist genug für alle da – es haben nur die Falschen.

Wie konstruiert die Ablehnung von Vielfalt ist, ergibt sich, sobald wir nach dem Gegenteil von »Multikulti« fragen. Schließlich ist es kein Zufall, dass die Rechte und was einmal Teil der Frauenbewegung war gegen Multikulti agitieren, aber gleichzeitig wohlweislich niemand »Monokulto« propagiert. Dann müsste man schließlich sagen, was das sein soll: Das Gegenteil der bekämpften Vielfalt.

Herrn Straches Neonazi-Kameraden und ihre Väter –, die hatten darauf eine Antwort. In ihrer Vision stand Vielfalt für »Völkergemisch«. Das anzustrebendes Gegenteil war die arische Volksgemeinschaft, die uniforme Superrasse. Weil dieser Übermensch seit 1945 dann aber doch etwas aus der Mode gekommen ist, konzentrieren sich die Herren lieber auf den Untermensch. Ihr Ziel definiert sich ausschließlich ex negativo.

VIelfalt – EIN WERT AN SICH?

So wenig wir mit völkischen Einheitsvorstellungen zu tun haben wollen, so sehr müssen aber doch auch wir uns fragen: Wie wertvoll ist Vielfalt per se? Was ist wirklich dran am liberalen Pluralismus-Ideal? Hier beginnt es spannend zu werden.

Einmal geht es da um die Frage nach der Stellung des oder der Einzelnen im Sozialverband. Gibt es über das Individuum hinaus eine Gesellschaft als stabile Größe? Wenn ja: Wie sehr soll und darf diese in die Belange der einzelnen Mitglieder eingreifen? Dem Sozialismus ist von seinen Gegnern immer vorgeworfen worden, er betreibe die Nivellierung von Fähig-

keiten von Talenten, wolle den Einheitsbrei. In Wirklichkeit geht es bei der Forderung nach materieller Gleichheit natürlich um das Gegenteil: Um die Möglichkeit der Einzelnen, in gesicherten Verhältnissen ihre schöpferischen Fähigkeiten zu entwickeln. Gleichzeitig natürlich stimmt, dass das Prinzip der Egalität dem Individuum Grenzen setzt. Pointiert formuliert: Klassenvielfalt ist nicht Teil der linken Agenda. Aber wo die Grenze ziehen?

Wer im August die Vorgänge in Charlottesville, Virginia, verfolgt hat, wurde mit einem anderen Aspekt des liberalen Vielfalt-Ideals konfrontiert, über das es lohnt nachzudenken: die Meinungsfreiheit. Der erste Verfassungszusatz sichert allen us-BürgerInnen völlige Redefreiheit zu. Straftatbestände wie Volksverhetzung oder das Verbot nationalsozialistischer Wiederbetätigung, die sich gleich in mehreren europäischen Rechtssystemen finden, sind in den USA undenkbar. Natürlich gibt es auch dort den Schutz der persönlichen Ehre und vor allem – es sind nicht umsonst bürgerliche Gesetzbücher – das Delikt der Kreditschädigung. Dessen ungeachtet: Wie groß soll die Vielfalt an Menschenfeindlichkeit in einer Gesellschaft werden können? Oder, umgekehrt: Ab wann muss eine Gesellschaft zu ihrem eigenen Schutz der Vielfalt Grenzen setzen?

Ein Stück weit berühren wir hier die Natur des Menschen. Der ist ein Herdentier, sicherlich. Aber bezieht er nicht wirklich einen Gutteil seines schöpferischen Potentials aus dem Wunsch, sich von seinen Mitmenschen zu unterscheiden? Bin ich nicht ich, weil ich anders bin als du? Diese Argumentation ließe sich wunderbar ausbauen zu einer neoliberalen Brandrede wider die »Rote Gefahr«. Das Argument hatten wir schon: Egalität als Tod jedes Fortschritts. Total plausibel, von Sparta bis zu den Hopi-Indianern: allesamt langfristig nicht wettbewerbsfähig weil allzu gleichförmige Sozialrealitäten. Dazu müssten wir nach liberaler Manier nur einen winzig kleinen Fehlschluss einbauen. Nämlich den, dass die menschliche Vielfalt nur dann zum Tragen kommt, wenn sie sich materiell ausdrückt: Bunt ist eine Gesellschaft dieser Logik nach nur, wenn es Reich und Arm gibt, wenn die einen auf der Straße und die anderen in Palästen schlafen.

PRODUKTIVE VIELFALT

Dabei können sich Vielfalt und Differenz auch ganz anders realisieren. Abgesehen davon, dass wir alle anders aussehen und damit andere körperliche Voraussetzungen haben, haben wir vor allem unterschiedliche Interessen und Talente. Produktive

Vielfalt finden wir nicht dort, wo hochgerüstete Sicherheitsapparate die Armen in ihren Elendssiedlungen halten und die Reichen in ihren Gated Communities beschützen. Produktive Vielfalt finden wir, wo es intellektuelle Reibung gibt. Wo Unterschiede zu Impulsen werden statt zur Bedrohungen.

Zum Impuls wird Vielfalt natürlich nur, wenn sie sich offen begegnet. Daran krankt ein Stück weit die plurale Demokratie. Eine bestimmte Bank wird wohl auch im neuen österreichischen Nationalrat Klubstatus haben. Die Erwartungshaltung der Chefetage dieser Bank hat mit den sozialen Interessen der Mehrheitsbevölkerung natürlich wenig zu tun. Das können die Abgeordneten öffentlich aber natürlich schlecht sagen. Sie konzentrieren sich deshalb vorzugsweise auf Identitätsthemen, sie lenken ab. Eine Debatte, die statt dem Austausch der Verschleierung dient hat nichts hervor zu bringen. Das gilt nicht nur für die Diskussion zwischen den Parteien, sondern auch für die Binnenverhältnisse innerhalb der Parteien. In jedem Wahlkampf ist Geschlossenheit notwendig, weil sonst in der Öffentlichkeit Missverständnisse darüber entstehen, wofür die betreffende Partei steht. Wenn aber nach Wahlen unter dem Schlachtruf »Geschlossenheit« Diskussionen umgangen oder abgedreht werden, dann bleibt die produktive Reibung aus und das wiederum führt zur Erstarrung.

Um das an zwei Beispielen aus der politischen Arena fest zu machen: Seit Jahren taumelt die SPD vor sich hin. Auf Steinbrück folgte Steinmeier, auf den wiederum folgte Schulz und unter allem schwamm jahrelang Gabriel. Alle wollten im Prinzip dasselbe: nicht an Hartz 4 rütteln, nicht an einer verheerenden Niedriglohnpolitik und schon gar nicht an den Konvergenzkriterien, die weiten Teilen Europas die wirtschaftliche Luft abschnürt. Parteiinterne Fundamentalkritik daran gibt es seit dem Abschied des linken Flügels nicht mehr. Die Partei ist in sich geschlossen. Das Ergebnis: 80% der Wählerinnen und Wähler haben mit der Partei abgeschlossen. Die einzige Hoffnung, dass sich etwas ändert kann auf den Leistungsdruck hoffen, den die politische Konkurrenz auslöst.

Ganz anders als bei der monolithischen SPD sieht die Sache bei der pluralen Labour Party aus. Als einzige Sozialdemokratie Europas hat sich die britische Labour Party in den letzten zwei Jahren mitgliedermäßig verdreifacht. Labour hat in Rekordzeit den 24-Punkte-Rückstand auf die Tories nicht nur ausgeglichen, sondern liegt in den Umfragen seit vier Monaten stabil in Führung. Und das alles, nachdem die Orga-

nisation in nur zwei Jahren zwei erbittert geführte interne Wahlkämpfe gesehen hat; obwohl die gesamte veröffentlichte Meinung im Verbund mit dem Parteiestablishment gegen die neue Führung und ihr Programm agitiert hat. Obwohl die Führungspersonen weit davon entfernt sind, telegen und rhetorisch brilliant, geschweige denn jung zu sein. Das Erfolgsrezept war die Überwindung der intellektuellen Monokultur, die in den Köpfen wie auf den Felder in Verödung endet. Corbyn hat Begeisterung ausgelöst, weil er die Interpretation davon verändert hat, was Politik zu sein hat, welche Probleme Politik lösen kann und welche nicht. Und er hat diese Interpretation nicht verändert, indem er eine neue, anderslautende Meinung über die Murdoch-Presse in die Schädel hämmern ließ. Sondern indem er ein Programm zur Diskussion stellte und die Menschen selbst aufforderte sich eine Meinung zu bilden. Indem er Argumente angehört und Argumente vorgebracht hat. Und indem er nicht einen Moment lang der Versuchung erlegen ist, der Gegenseite ihre Berechtigung abzusprechen: Auch unter Corbyn ist die Labour Party die *broad church*, die sie immer war.

Meine Begeisterung für den Corbyn-Kurs ist, denke ich, spürbar. Trotzdem geht es mir jetzt nicht darum, euch damit anzustecken. Sondern darum, die Ursache dieses Erfolges herauszuarbeiten: die Vielfalt an Meinungen und Erkenntnissen, die erst zusammen und gegeneinander ihren ganzen Reiz entfalten. Eine ähnlich produktive Diskussion wünsche ich uns hier im Verlauf der nächsten drei Tage. Ich danke Euch allen fürs Kommen, für die geleistete Vorarbeit und die Bereitschaft, Euch hier einzubringen. In Anlehnung an Schiller könnten wir viel, wenn wir in all unserer Vielfalt zusammenstünden.



BARBARA BLAHA

ist Leiterin des Momentum Kongresses, der vom 19.10. bis 22.10.2017 zum zehnten Mal in Hallstatt stattfand.



R I G I

100 BESTE PLAKATE

MAK

Zeitgenössisches Plakatdesign hat deutlich mehr zu bieten, als Inhalte publikums- wirksam für öffentliche Werbeflächen zu illustrieren. Wie avanciert konsumenten- orientierte Gestaltung aussehen kann und wie viel Spielraum für subtilen Humor und versteckte Kritik grafische Umsetzungen am Plakat bieten, stellt 100 BESTE PLAKATE 16. Deutschland Österreich Schweiz auch 2017 unter Beweis. Mit der Ausstellung des beliebten Grafikdesignwettbewerbs, der heuer mit 2 116 Plakaten von 632 EinreicherInnen einen Beteiligungs-Rekord verzeichnet, liefert das MAK wieder einen Querschnitt der aktuellen Trends und Codes des Grafikdesigns.

Hundert heterogene Sujets und EinreicherInnen – vom studentischen Projekt bis zur Auftragsarbeit etablierter GrafikdesignerInnen und Agenturen – stehen sich als gleichwertige Gewinner gegenüber. Die von einer international renommierten Fachjury prämierten Plakate und Plakatserien gehen auch heuer als Neuzugänge in die MAK-Sammlung ein.

Nach Ländern gliedern sich die Gewinner in 52 Projekte aus der Schweiz, 46 aus Deutschland und – trotz abermaliger Steigerung der EinreicherInnen – nur zwei aus Österreich. Ihre Wahl hat die diesjährige fünfköpfige Fachjury – bestehend aus dem Vorsitzenden Alain Le Querrec (Quimper, Frankreich), Eva Dranaz (Wien), Markus Dreßen (Leipzig), Stefan Guzy (Berlin) und Martin Woodtli (Zürich) Ende Februar in Berlin getroffen.

MAK

Stubenring 5, 1010 Wien

18. Oktober 2017 – 25. Februar 2018

Di 10:00 – 22:00 Uhr, Mi–So 10:00 – 18:00 Uhr

www.mak.at

Grafik: Thierry Bongard
Rigi
Auftraggeber: Projektauftrag an der Hochschule der Künste Bern, Betreuung:
Andréas Netthoevel, Christoph Stähli Weisbrod, Bern
Druck: Druckerei der Hochschule der Künste Bern
Drucktechnik: Digitaldruck
Schweiz
© Thierry Bongard/100 Beste Plakate e. V.

Nach der Wahl ist vor der Wahl!

So unerfreulich das Ergebnis der Nationalratswahlen auch ist: Es zeigt nicht nur die Schwächen, sondern auch die enormen Potenziale der SPÖ auf. Ludwig Dvořák stellt elf Thesen auf, wie das Wahlergebnis einzuordnen ist und was die Sozialdemokratie zu tun hätte, um innerhalb von fünf Jahren wieder an die Macht zurückkehren zu können. Es brauche einen kritischen Blick auf die eigenen Defizite, aber v.a. auch kämpferischen Optimismus und den Willen zur demokratischen Veränderung. Denn der Kampf um eine andere Mehrheit bei den nächsten Wahlen muss jetzt beginnen.

Der Blick auf das Nationalratswahlergebnis der SPÖ gleicht der schwierigen Frage, ob ein Glas als halb voll oder halb leer zu bezeichnen ist. Der Verlust von Platz 1 und die Verfassungsmehrheit von Schwarz-Blau-Pink stellen eine klare Niederlage und eine konkrete politische Bedrohung für die Stabilität Österreichs dar. Umgekehrt ist das Erreichen von rund 27% mehr, als die meisten politischen BeobachterInnen nach einem holprigen Wahlkampf erwartet hatten, geschweige denn der SPÖ noch vor zwei Jahren zugetraut hätten. Das Ergebnis zeigt große Schwächen, (wieder einmal) etwa beim Stimmanteil unter ArbeiterInnen auf. Umgekehrt konnte die SPÖ nach der SORA-WählerInnenstromanalyse erstmals seit 15 Jahren wieder deutlich mehr Stimmen aus dem NichtwählerInnenlager mobilisieren, als sie an die NichtwählerInnen verloren hat.

Es erscheint daher weder angebracht, in Jubelstimmung auszubrechen, noch in tiefe Depression zu verfallen. Was wir jetzt brauchen, ist ein kritischer und realistischer Blick auf unsere Defizite und Potenziale. Wir brauchen kein Gerangel unterschiedlicher Cliques um die weniger werdenden Posten, sondern einen klaren Blick auf das, was wir erreichen können und wie es gelingen kann. Dazu möchte ich elf Thesen zur Diskussion stellen

These 1: Die Nationalratswahlen haben die seit zehn Jahren bestehenden Kräfteverhältnisse nicht grundlegend verändert, sondern v.a. die politische Rechte konsolidiert

Nicht nur MandatarInnen der Grünen, sondern auch viele SozialdemokratInnen hat das Ausscheiden der Grünen aus

dem Nationalrat hart getroffen. Es bedeutet ganz konkret, dass ÖVP, FPÖ und NEOS im neuen Nationalrat über eine 2/3-Mehrheit verfügen und es scheint nicht unrealistisch, dass Matthias Strolz den nützlichen Idioten abgibt, um ÖVP und FPÖ ein Vorgehen gegen die einzige Macht, die der Regierung unmittelbar gefährlich werden könnte, vorzugehen: die Organisationen der ArbeitnehmerInnen, Arbeiterkammern und Gewerkschaften.

Doch der Blick auf die Stimmanteile zeigt, dass die Verschiebungen geringer sind, als man auf den ersten Blick erwarten würde: Denn bei den enormen Zugewinnen von ÖVP und FPÖ ist mitzudenken, dass bei den letzten Nationalratswahlen das BZÖ und das Team Stronach rund 9% erhalten hatte. Unbestreitbar hat diese Nationalratswahl den schwarz-blauen Block gestärkt: In erster Linie war das aber auf die Überwindung der Spaltung des rechten Lagers und dessen Neuformierung in ÖVP und FPÖ zurückzuführen. Die grundlegenden Mehrheiten sind heute nicht anders, als sie es in den letzten Jahren gewesen sind. Der rechte Block ist »lediglich« radikaler und handlungsfähiger geworden.

These 2: Veränderung statt Status quo

So nebulos Sebastian Kurz inhaltliche Ansagen im Wahlkampf geblieben sind, so beachtlich ist es, dass es ihm gelungen ist, sich als ÖVP-Obmann als Kraft der Veränderung zu positionieren. Laut SORA-Wahltagsbefragung war es der Wunsch nach Veränderung, der diese Wahl dominiert hat. Dass es die SPÖ seit letzten Herbst verabsäumt hat, den Zeitpunkt der Neuwahlen, auf die Kurz seit über einem Jahr hingearbeitet

hat, selbst zu bestimmen, um sich als »Stabilitätsanker« zu positionieren, hat sich als Fehleinschätzung erwiesen. Dass man sich zur Begründung dieser Haltung stets darauf bezogen hat, dass vor neun und vor 22 Jahren derartige Versuche auch gescheitert seien, ist auch ein dezenter Hinweis darauf, dass es der SPÖ an einer grundlegenden Analysefähigkeit der sich in den letzten Jahren vollziehenden politischen, sozialen und wirtschaftlichen Veränderungen mangelt.

Um auf die Erfolgspur zu kommen, muss die Sozialdemokratie aufhören, den Status quo als beste aller möglichen Welten zu empfinden und darzustellen. Das bedeutet nicht, dass man die Spaltungsversuche der Rechten vertiefen soll (dazu später), sondern dass es eine starke, hoffnungsvolle Vision der Veränderung, eine Idee dafür, wie es für alle besser wird, braucht. Dass diese Strategie einer gegen das Establishment gerichteten Politik auch für eine Regierungspartei funktionieren könnte, hat nicht zuletzt Sebastian Kurz bewiesen.

These 3: »Stay on message!«, oder: »Zu wenig, zu spät«

Die SPÖ hat in diesem Wahlkampf zwar keine guten Erfahrungen mit Spin-Doktoren gemacht. Trotzdem hätte sie eine ebenso simple, wie zutreffende Binsenweisheit politischer Kommunikation nicht gleich ganz über Bord werfen müssen: Stay on message – Bleib an deiner Botschaft dran! Zwei Wochen vor der Wahl hat der Strategieberater Yussi Pick treffend analysiert, dass die größte Schwäche der SPÖ-Kampagne ihr kommunikative Inkonsequenz war. Während Kurz eine klare Geschichte hatte – »Die Flüchtlinge sind an allen Problemen schuld, ich bin die Veränderung und alle sind gemein zu mir«, hat es der SPÖ monatelang an einer klaren Erzählung gefehlt. Die SPÖ war für die Mittelschicht, aber auch fürs Burkaverbot. Für den Mindestlohn, aber auch für Anhaltelager im Niger.

Dafür, dass jeder kriegt, was ihm zusteht, aber mit Radpanzern am Brenner. Was als geniales strategisches Spiel verschiedener Flügel camouffiert wurde, war vor und während des Sommers die meisterhafte Selbstbeschädigung der eigenen politischen Botschaft. Statt Kurz inhaltlich zu stellen, hat man selbst dazu beigetragen, sein Thema größer und größer zu machen. Man hat ihm nicht nur gestattet, immer mehr Nebelgranaten zu verschießen, sondern hat selbst fleißig mitvernebelt. Kanzler Kern hat monatelang, etwa in der Türkei-Frage, versucht, eine friedliche Ko-Existenz mit dem Boulevard zu finden. Erst die Wahlkampf-Not der letzten Wochen hat endlich zu einer klaren, emotional verständlichen Bot-

schaft geführt: Hier ein Programm für sozialen Fortschritt im Interesse der 95 %, dort ein schwarz-blaues Programm gekaufter Politik, unterstützt von käuflichen Medien. Hier ein Kandidat der Menschen, dort ein Kandidat der Medienzaren und Industrie-Mäzene.

Es war ein klassischer Fall von »zu wenig und zu spät«. Aber dass selbst die feindselig gesonnenen Medien zuletzt ein Umfrageplus ausweisen mussten, spricht ebenso wie die Erfahrungen im Straßenwahlkampf dafür, dass dies Linie richtig war und bei konsequenter Umsetzung noch größere Wirkung erzielen hätte können.

These 4: Die SPÖ muss Themen vorgeben, statt ihnen hinterherzurennen

SORA hat auch erhoben, welche Themen in diesem Wahlkampf diskutiert wurden. An erster Stelle stehen Asyl, Sozialleistungen, Sicherheit und Migration. Manche SPÖ-PolitikerInnen werden daraus ableiten, die SPÖ müsse in der Asylfrage eine härtere Haltung zeigen. Doch diese Erhebung beweist nichts anderes als das oben Gesagte: Dass die SPÖ an ihrer Inkonsequenz gescheitert ist, eigene Themen ins Zentrum des Wahlkampfs zu stellen und stattdessen laufend die Themen des Gegners gestärkt hat.

Ja, natürlich waren diese Themen in vielen Diskussionen des Wahlkampfs präsent. Aber gleichzeitig hat sich mehr denn je erwiesen, warum Kurz und Strache es spielen: Weil sie die Interessen ihrer Sponsoren leichter durchsetzen, wenn sie die »normalen Menschen« gegeneinander aufhetzen und die Gesellschaft spalten. Und es hat sich gezeigt, dass bei sehr vielen Menschen sehr konkrete soziale Probleme und Ängste den Hintergrund ihrer Aussagen zu Mindestsicherung und Asyl darstellen. Wir erreichen diese Menschen nicht durch ein Mitschimpfen auf die Ausländer – sondern nur durch eine Botschaft der hoffnungsvollen Veränderung zum Besseren!

Jeremy Corbyn hat in seiner Parteitage Rede in Brighton Ende September treffend zusammengefasst, worum es für die Sozialdemokratie geht: Wenn Wahlen in der Mitte gewonnen werden, dann muss es darum gehen, diese politische Mitte zu verschieben und nicht einer imaginären, statischen Mitte hinterherzulaufen. Die erfolgreiche Etablierung eines ausländerfeindlichen Narrativs in Österreich ist keine plötzliche Entwicklung, sie ist ein Ergebnis jahrelanger hartnäckiger Arbeit der FPÖ und des kläglichen Versagens der Re-

gierung, dagegen zu halten. Die große politische Aufgabe besteht darin, einen eigenen Narrativ der sozialen Gerechtigkeit zu entwickeln.

These 5: Christian Kern ist der bestmögliche Mann an der Spitze

Es ist wohl nicht zu bestreiten, dass es grobe Mängel in der Wahlkampagne der SPÖ gegeben hat. Und manche davon fallen zweifellos in die Verantwortung von Christian Kern. Aber das ändert nichts daran, dass die SPÖ keinen besseren Spitzenkandidaten aufzubieten hätte. Auch wenn Doskozils Groupies das Vorzugsstimmenergebnis ihres Idols abfeiern – es ist nicht zu übersehen, dass die SPÖ Burgenland mit einer inhaltlich und persönlich stark auf ihn zugeschnittenen Landes-Kampagne das bundesweit größte Minus eingefahren hat. Doskozil hätte am Land kein besseres, aber in den Städten ein deutlich schlechteres Ergebnis erreicht. Statt einer Personaldebatte wäre es zur Abwechslung Zeit für eine ernsthafte inhaltliche Debatte in der SPÖ und eine klare politische Ausrichtung.

These 6: Die Rot-Blau-Debatte ist sinnbefreit und parteischädigend

Aus eben diesem Grund ist auch die Debatte, ob Rot-Blau nicht doch eine Option wäre, »wenn die Inhalte passen«, völlig sinnbefreit. Weil wir wissen, dass die Inhalte nicht passen. ÖVP und FPÖ sind in der Wirtschaftspolitik deckungsgleich auf der Linie der Industriellenvereinigung. Kurz liegt auf Platz 1 und wird Strache ein Angebot machen, das dieser nicht ablehnen wird können. Es bringt daher nichts als Verwirrung in den eigenen Reihen, über eine Rot-Blau-Variante zu diskutieren, wenn Kurz und Strache uns mental schon längst in Opposition geschickt haben. Bemerkenswert ist übrigens auch hier die SORA-Wahltagsbefragung. SPÖ- und FPÖ-WählerInnen sind sich nämlich in einem Punkt einig wie selten – dass die jeweils andere Partei nicht in der nächsten Regierung vertreten sein soll. Die angebliche Sehnsucht der WählerInnen nach einem rot-blauen Bündnis entpuppt sich einmal mehr als Chimäre jener Kräfte in der Partei, die um jeden Preis an den Privilegien der Regierungsmacht festhalten wollen.

These 7: Die Opposition wird kein Zuckerschlecken

Die Erkenntnis, dass Rot-Blau oder Schwarz-Rot weder wünschenswerte, noch machbare Optionen wären, heißt nicht, dass Opposition ein leichtes Geschäft wäre. Die SPÖ hat nach 2000 jahrelang gebraucht, um zu erfassen, dass sie anders

Politik machen muss als in den Jahren der Regierung – und hat es bis zum Schluss nicht völlig verinnerlicht. ÖVP und FPÖ könnten zudem aus ihren Fehlern gelernt haben. An die Stelle der »Blut, Schweiß und Tränen«-Parolen der Ära Schüssel werden Kurz und Strache ein Programm der Spaltung unserer Gesellschaft setzen. Sie werden das Aussackeln der ArbeitnehmerInnen durch die besondere Diskriminierung von MigrantInnen zu verschleiern versuchen. Sie werden die Mittelschicht gegen die Ärmsten (Mindestsicherung!) ausspielen und sie werden die Kluft zwischen Stadt und Land (»Wien ist schuld!«) weiter vertiefen. Sie wird ihre Machtstellung schnell zementieren: Sie wird ohne mit der Wimper zu zucken den ORF einfärben und die redaktionelle Unabhängigkeit in Frage stellen. Sie wird die Arbeiterkammern und die Sozialversicherungen attackieren und sie wird finanziell Druck auf die sozialdemokratischen Kommunen und Länder ausüben.

Die Vorstellung, dass in der Opposition alles von selbst eine positive Wendung nehmen wird, ist eine Fehlannahme. Die Opposition schafft die Voraussetzungen, die SPÖ neu aufzustellen. Aber diese Neuaufstellung ist eine große Herausforderung, der wir uns so schnell als möglich stellen müssen.

These 8: Die Partei muss sich öffnen und ihre Basisstrukturen stärken

Wenn in den letzten Jahren von der Öffnung der Partei die Rede ist, dann ist damit zumeist die Ersetzung traditioneller Basisstrukturen durch zeitlich begrenzte, von oben gesteuerte »Mitmach-Angebote« gemeint. Es ist sinnvoll und notwendig, neue Beteiligungsformen, in weit größerem Umfang als bisher, zu schaffen und auszuprobieren. Daneben braucht es aber v. a. eine Stärkung und einen Neuaufbau der Basisstrukturen der SPÖ. Denn mehr denn je wird die SPÖ im Umfeld einer feindseligen Medienlandschaft darauf angewiesen sein, in den direkten Kontakt mit den WählerInnen zu treten. Mehr denn je wird es erforderlich sein, dass Menschen in der Partei mitbestimmen können, um sie dafür zu gewinnen sich zu engagieren.

Die Zeit der Sonntagsreden-Öffnung ist vorbei. Wir brauchen nicht ein paar hundert Gastmitglieder, unser Ziel muss es sein, unsere Mitglieder- und AktivistInnenbasis nach britischem Vorbild zu verbreitern.

These 9: Wir brauchen eine Medienstrategie!

Jahrelang hat die SPÖ das Inserieren in Boulevardblättern auf Steuerkosten und Liebdienerei gegenüber Mediengiganten

mit einer Medienstrategie verwechselt. Schlagzeilen nach dem Vorbild »Tiere würden Faymann wählen« haben aber auch in der Vergangenheit keine Wahlen gewonnen. Die konzertierte Agitation von Krone und Österreich gegen Christian Kern in diesem Wahlkampf hat aber endgültig gezeigt, dass es eigene Kommunikationskanäle braucht – und dass der Wahlsieg Kurz weniger markant ausgefallen ist als prognostiziert, zeigt trotz ihrer Bedeutung auch die Grenzen der Macht traditioneller Medien auf. Gerade auf dem Gebiet der sozialen Medien hat die SPÖ in diesem Wahlkampf, Silberstein zum Trotz, Fortschritte gemacht, die Anlass zum Optimismus geben. In den letzten beiden Wahlkampfwochen hat die SPÖ die mit Abstand meisten Interaktionen in den sozialen Netzwerken aufgewiesen. Darauf gilt es konsequent aufzubauen.

These 10: Die soziale Frage ins Zentrum rücken!

Die wütenden Reaktionen der konservativen Medien haben gezeigt, dass die Botschaft »Hol dir was dir zusteht!« schon richtig, nämlich als Kampfansage, verstanden wurde. Nicht das war der Fehler, sondern, dass diese Botschaft zu inkonsequent verfolgt wurde.

Die Sozialdemokratie kann sich entscheiden: Sie kann versuchen, ohne klare Botschaft beim Wettbewerb der Gesellschaftsspaltung hinterherzuhinken. Oder sie kann wie Jeremy Corbys Labour Party beginnen, ihren eigenen Narrativ zu etablieren – von einer Alternative zu einer auseinanderdriftenden Gesellschaft, in der die Reichen ÖVP und FPÖ dafür bezahlen, dass sie die gesellschaftlichen Spaltung vorantreiben, um die Privilegien der Wenigen zu bewahren.

Die SPÖ muss sich wieder als authentische, zuverlässige und loyale Ansprechpartnerin der arbeitenden Menschen etablieren. Manche meinen, das sei schon damit erledigt, die urbanen WählerInnen zu vergraulen, die dieses Wahlergebnis nochmal gerettet haben. Das ist natürlich Unsinn. Um Erfolg zu haben, braucht die Sozialdemokratie eine breite WählerInnenkoalition von den ArbeiterInnen mit Migrationshintergrund über autochthone Fachkräfte bis hin zur urbanen Mittelschicht. Sie braucht die Jungen ebenso wie die Menschen mittleren Alters und die PensionistInnen.

Was diese Menschen verbindet, ist das Feld der sozialen Gerechtigkeit, der Einkommen, der Qualität von Beschäftigung, der sozialen Sicherheit und der öffentlichen Dienstleistungen. Auf diesem Feld muss die Sozialdemokratie ihre

Hauptauseinandersetzung führen. Das heißt nicht, dass die SPÖ in der Frage der Offenheit unserer Gesellschaft irgendwelche Zugeständnisse an die schwarz-blauen Ressentiments machen darf. Sie muss nur in der Auswahl ihrer Hauptangriffsfelder die richtigen Prioritäten setzen.

These 11: Für Veränderung kämpfen, nicht für Posten!

Alle diese Überlegungen stehen und fallen mit der Authentizität ihrer Umsetzung. Als wesentlich größere Belastung als die Silberstein-Affäre habe ich im Wahlkampf empfunden, dass viele Menschen die SPÖ nicht (mehr) als ihre Partei betrachten, sondern als eine Gruppe von Menschen, die mit wenigen Ausnahmen (zu denen meist Christian Kern gezählt wurde!) v.a. um ihren eigenen Vorteil kämpfen. Die Sozialdemokratie hat in den letzten Jahrzehnten viel an »street credibility« eingebüßt. Um das zu überwinden muss sich die Sozialdemokratie von unten erneuern. Sie muss spürbar machen, dass wir kompromisslos auf Seiten der arbeitenden Menschen, unabhängig von deren Herkunft stehen – und nicht auf der Seite unserer Gewohnheiten, Politikerprivilegien oder bürokratischer Routinen. Wenn also wie in Wien personelle Veränderungen anstehen, stünde es der SPÖ gut zu Gesicht, diese Diskussionen als eine Auseinandersetzung um ein mehrheitsfähiges politisches Programm und nicht als Fehde zwischen verschiedenen Cliquen auszutragen. Denn nur wer eine solche inhaltliche Auseinandersetzung in der Partei besteht, wird auch 2020 von den WählerInnen die Chance bekommen, an die hundertjährige Traditionen des Roten Wien anzuknüpfen.



LUDWIG DVOŘÁK

ist gf. Chefredakteur der ZUKUNFT.

100 BESTE PLAKATE

MAK



Grafik: Philip Kerschbaum
Ralph Schraivogel im Sitterwerk
Auftraggeber: Alumni HF KGD, St. Gallen
Druck: Serigraphie Uldry AG, Hinterkappelen/Bern
Schweiz
© Philip Kerschbaum/100 Beste Plakate e. V.

Was bedeutet das Erbe für die Erben?

Nikolaus Kowall untersucht in seinem Beitrag, welche Gruppen in welcher Weise vom Erben profitieren

Die FPÖ plakatierte im Wahlkampf, die Erbschaftssteuer sei unfair. Das offenbart ein spezifisches Gerechtigkeitsempfinden, das auch der Standard-Journalist Hans Rauscher teilt. Er spricht davon, dass Kurz einen bürgerlichen Nerv trifft, wenn er die Erbschaftssteuer ablehnt. Der Ökonomen Joseph Alois Schumpeter vermutete, dass hinter dem unternehmerischen Trieb das Motiv stecke eine industrielle Dynastie zu begründen. Überträgt man diese plausible Mutmaßung auf die Diskussion um die Erbschaftssteuer dann zeigen sich die Konturen des bürgerlichen Gerechtigkeitsempfindens: Es geht darum einen sozialen Statuts zu erlangen, dynastisch weiterzureichen und zu hoffen, dass die nächste Generation noch ein eine Stufe höher klettert. Das ist 1:1 das bestimmende Motiv der Aristokratie früherer Zeiten, nur innerhalb der Parameter einer kapitalistischen Marktwirtschaft. Der erbliche Geldadel ist die Fortführung des dynastischen Gedankens.

Viele Menschen, ja selbst viele Vermögende, haben ein völlig anderes Gerechtigkeitsempfinden. Etliche Reiche finden es sogar pädagogisch falsch die Kinder mit einem Erbe zu überschütten. Der DM-Gründer Götz Werner ist beispielsweise der Auffassung, seine Kinder sollten sich selbst beweisen und brachte sein Vermögen in eine gemeinnützige Stiftung ein. Hinzu kommen viele kluge gesellschaftspolitische Argumente, weshalb die immer gravierendere Vermögenskonzentration sowohl wirtschaftlich als auch sozial nachteilig ist. Es gibt viele Studien, die zeigen, dass eine Erbschaftssteuer mit Freibetrag zwar nur einen geringen Teil der Erben, aber einen großen Brocken des vererbten Vermögens treffen würde. Der Fokus dieses Textes liegt jedoch nicht auf diesen rationalen und schlüssigen Argumenten, sondern auf der rein normativen Frage nach dem Gerechtigkeitsempfinden. Konkret geht es um folgende Perspek-

tive: Was für Vorteile bringt Erben eigentlich und wie fair sind diese?

AB WANN IST MAN REICH?

Viele Menschen können sich schlicht nicht vorstellen, wie viel Vermögen Reiche überhaupt besitzen. Als reich gilt oft jemand der ein schönes Eigenheim, zwei tolle Autos und vielleicht noch eine kleine Ferienimmobilie besitzt. Wenn die Person tüchtig ist und ihr Vermögen aus eigener Arbeit geschaffen hat, sehen viele Menschen nicht ein, weshalb die Erben später wegen einer Steuer zum Verzicht auf die Ferienimmobilie gezwungen sein sollten. Es gelingt ÖVP und FPÖ in der Diskussion sehr gut solche Self-made-Persönlichkeiten als mögliche Opfer einer Erbschaftssteuer darzustellen.

Das brisante ist: Um diese Leute geht es bei den meisten diskutierten Erbschaftssteuermodellen nicht einmal. Obwohl Self-made-Persönlichkeiten nämlich im Vergleich zum Durchschnitt über einen beachtlichen Besitz verfügen, sind sie nicht wirklich reich. Sie gehören innerhalb der Gruppe der Erben bestenfalls zur Mittelschicht. Von Erbschaftssteuermodellen die erst ab einer Million Euro ansetzen wären solche Leute gar nicht betroffen.

Eine Kategorisierung innerhalb der Gruppe der Erben soll dabei helfen die Bedeutung von Erbschaften für die Einkommenssituation der Erbenden darzustellen. Es handelt sich dabei um keine gesamtgesellschaftliche Einteilung in soziale Schichten, weil eine Spitzenmanagerin einer besitzlosen Familie entstammen kann und ein arbeitsloser Studienabbrecher ein Millionenerbe sein kann. Die folgende Heuristik soll aber helfen den spezifischen Startvorteil für die Einkommenssituation und die Existenzsicherheit der Erbenden freizulegen. Vorweg: Rund 2/3 aller österreichischen Haushalte haben bisher noch gar nicht geerbt (davon werden aber noch eini-

ge in den kommenden Jahrzehnten erben). Am Anfang stehen also innerhalb der Gruppe, die überhaupt erbt, die »Kleinen«:

ERB-PROLETARIAT

Eine Definition für das Erbproletariat ist einfach zu finden: Das Erbe ist geringer als der Wert eines Eigenheims. Die Begründung dafür ist, dass das Erbe im Vergleich zum existenzsichernden Lebenseinkommen keine erhebliche Rolle spielt. Ein Beispiel wäre jemand der ein Spargbuch in der Höhe von 40.000 Euro erbt.

ERB-KLEINBÜRGERTUM

Die Definition für das »Erb-Kleinbürgertum« ist folglich, dass das geerbte Vermögen die Erbin von Miete oder Kredittilgung entbindet. Die Begründung ist im Gegensatz zum Erbproletariat einleuchtend: Das Erbe spielt im Vergleich zum existenzsichernden Lebenseinkommen eine erhebliche Rolle. Ein klassisches Beispiel wäre eine Person, die ein Eigenheim im Wert von 350.000 Euro erbt. Doch eines verbindet das Erbkleinbürgertum mit dem Erbproletariat: Beide müssen weiterhin arbeiten um ein existenzsicherndes Einkommen zu generieren.

ERB-GROSSBÜRGERTUM

Die Definition für das »Erb-Großbürgertum« lautet folglich, dass das Erbe bis zum Lebensende einen existenzsichernden Konsum (mindestens) über der Armutsgrenze ermöglicht. Im Gegensatz zum Erb-Kleinbürgertum muss das Erb-Großbürgertum also theoretisch niemals arbeiten, wenn es z.B. ein geerbtes Finanzvermögen einfach vom Girokonto weg konsumiert. Das ist womöglich ein Grund weshalb viele Erbschaftsteuermodelle bei Vermögen über einer Million EUR ansetzen, es handelt sich bei dieser Höhe um eine Art durchschnittliche Lebensverdienststumme.

NIEDERER ERB-ADEL

Den niederen »Erb-Adel« kann man so definieren, dass das Erbe selbst mindestens Erträge in der Höhe eines Durchschnittseinkommens abwirft. Das bedeutet, das Erbe ermöglicht einen durchschnittlichen Konsum wobei weder die Notwendigkeit der Erwerbsarbeit besteht, noch die Vermögenssubstanz geringer wird. Ein Beispiel wären zwei Geschwister die ein Familienunternehmen im Wert von fünf Millionen Euro erben. Die Geschäfte werden von einem der beiden geführt. Die andere Person bekommt kein Gehalt, jedoch die Hälfte des Gewinns der pro Jahr bei rund 150.000 Euro liegt.

ERB-HOCHADEL

Den Erb-Hochadel könnte man so definieren, dass das Erbe Erträge abwirft die so hoch sind, dass ein Durchschnittskonsum im Vergleich eine vernachlässigbare Rolle spielt. Der Konsum der aus dem Erbe finanziert wird, fällt nicht einmal mehr ins Gewicht. Ein Beispiel wäre jemand, der ein Immobilienportfolio im Wert von insgesamt 35 Mio. Euro erbt. Die jährlichen Erträge belaufen sich auf 800.000 Euro, nur ein Bruchteil davon entspricht einem Durchschnittskonsum.


Es gibt Erbschaften, die sind nochmals um das zehnfache, ja sogar um das hundertfache höher. Diese Leute erben dann durch ihre wirtschaftlichen Möglichkeiten quasi politische Macht, was jedoch wieder ein anderes Thema ist. Die wirtschaftliche Existenz von Milliardenerben unterscheidet sich jedoch nicht mehr von unserem Beispiel mit dem Immobilienportfolio von 35 Mio., weil der Konsum so oder so im Vergleich zum Vermögen bedeutungslos ist. Alle Erben dieser Liga leben – sofern sie nicht mutwillig irrational konsumieren – in absoluter materieller Sorglosigkeit. Das ist die maximal mögliche wirtschaftliche Freiheit in einer kapitalistischen Gesellschaft.

ERBSCHAFTSSTEUER = CHANCENGLEICHHEIT

Es ist nützlich sich die sagenhaften Privilegien von Erbschaften ab einer gewissen Höhe umfassend zu vergegenwärtigen und konkret auszumalen. Das Erb-Proletariat macht keine großen Sprünge, aber schon Erb-Kleinbürgertum bedeutet, dass man dank Eigenheim sein Arbeitseinkommen sorgenfrei konsumieren kann, während andere über Jahrzehnte ihre Kreditraten tilgen oder Mieten zahlen müssen. Das Erbgroßbürgertum bringt die Gewissheit mit sich, dass man theoretisch niemals arbeiten müsste um seine Existenz zu fristen – eine Sicherheit die am Arbeitsmarkt ein anderes Selbstbewusstsein, oder im Falle von Selbstständigkeit eine höhere Risikobereitschaft ermöglicht. Ein Sprössling des niederen Erbadels kann noch experimenteller an das Leben herangehen. So jemand bräuchte niemals arbeiten gehen, genießt aber noch den Luxus dass sein Vermögen nie schrumpft. Die absoluten Freiheiten des Erb-Hochadels wurden bereits erläutert.

Es sind erhebliche Sicherheiten, Freiheiten und Startvorteile, die Erben mit sich bringt. Es sind Privilegien die von Generation zu Generation weitergegeben werden. Freilich kann ein Sprössling aus einem besitzlosen Haushalt schon einmal selbst ein beachtliches Vermögen aufbauen und später vererben. Natürlich gibt es Erben, die ihr Vermögen durchbrin-

gen. Beide Dynamiken sind aber eher die Ausnahme als die Regel. Alle Parteien die gegen die Erbschaftssteuer sind, möchten letztlich, dass sozialer Status über Generationen vererbt werden kann. Die Verteidigung dieses Geburtsrechts, das unabhängig von persönlicher Leistung ist, ist im Wesen aristokratisch. Es ist eine genuin konservative Position.

In einer vernünftigen Welt sollte nicht die Sozialdemokratie die Spitze in der Auseinandersetzung um die Erbschaftssteuer sein, das Thema sollte vielmehr die Liberalen auf den Plan rufen. Sie haben im 18. und 19. Jh. die politischen Privilegien der Aristokratie bekämpft und versucht Einkommen stärker an Leistung und weniger an Herkunft zu koppeln (ob die Markteinkommen Leistung adäquat abbilden steht auf einem anderen Blatt – die Durchsetzung normativer Einkommensvorstellungen ist nämlich eine originär sozialdemokratische Baustelle wo von liberaler Seite keine Unterstützung zu erwarten ist). Die liberale Utopie von absoluter Leistungsgerechtigkeit müsste konsequent gedacht 100% Erbschaftssteuer und null Prozent Arbeitsbesteuerung bedeuten. In Österreich ist die Situation umgekehrt: Arbeit wird sehr hoch, Erben aber gar nicht besteuert. Von jenem Teil des politischen Spektrums, das sich als liberal versteht wird, diesem Umstand kaum Bedeutung zugemessen. Das ist bedauerlich, denn die Erbschaftssteuer ist nicht unfair, sie ist die gerechteste, Steuer die es überhaupt gibt. 

NIKOLAUS KOWALL

ist Professor an der Hochschule für Technik und Wirtschaft Berlin.

100 BESTE PLAKATE

MAK

The Future
Sound pres:

2. Dez. 2016
— 23:00

Stadtwerkstatt
— Linz, AUT

#67



Sixtus
Preis

Live:

Six
Preis

stvwst.at

Sixtus Preis (Affine Rec)
D.E.Y (GodLovesUgly)
Abby Lee Tee
Flno

Grafik: Wolfgang Ortner, Thomas Steiner, Sarah Oos
Atelier: OrtnerSchinko
Sixtus Preis, The Future Sound (Serie von zwei Plakaten)
Auftraggeber: Kulturverein Stadtwerkstatt, Linz
Druck: Onlineprinters GmbH, Neustadt a. d. Aisch
Drucktechnik: Offsetdruck
Österreich
© OrtnerSchinko/100 Beste Plakate e. V.

Das fehlende Element in der Katalonien-Debatte

Die Darstellung eines Problems ist immer politisch. Es bedeutet Entscheidungen zu treffen, auch wenn die nicht immer offensichtlich sind. Wenn ich inmitten von außergewöhnlichen Umständen über Katalonien und Spanien schreibe, möchte ich eingangs meine ganz persönlichen *biases* offenlegen.

Ich glaube, dass Nationalismus damit beginnt, kleine Unterschiede narzisstisch in den Vordergrund zu spielen und mit Krieg endet, und dass Patriotismus die Zuflucht eines Schurken ist. Existierende Staatsgrenzen sind das Erbe von Jahrhunderten von imperialer Herrschaft/Machtausübung und rassistischer Hierarchisierung. Staatsgrenzen sind das Götzenbild der reaktionären Kräfte, die im Moment immer stärker werden und die dem Klimawandel durch ein Projekt der Öko-Apartheid im globalen Maßstab begegnen wollen. In einer Zeit in der Coca-Cola besser organisiert ist, als es die Komintern je war, empfinde ich nationalistische Forderungen als im massiven Widerspruch stehend zu den Erfordernissen einer internationalistischen Politik.

Nichts von all dem ist originell und nichts sollte besonders überraschend sein. Ich hätte mich einer anderen politischen Formation angeschlossen, wenn ich es anders sehen würde. Es gibt jede Menge Leute, die meine Ziele teilen, aber sich unterscheiden, wenn es um die zu wählenden Strategien zur Erreichung dieser Ziele geht; logischerweise müssen wir einander als fehlgeleitet und im Irrtum befindlich ansehen. Nationalismus steht aus meiner Sicht im besten Fall neutral zu progressiven Politikvorstellungen, viel öfter ist er aber fortschrittlicher Politik, wie wir sie verstehen, feindlich gesonnen.

Also muss ich eingangs festhalten, dass die Situation in Katalonien meine bereits existierenden Vorurteile bestätigt hat: der Nationalismus erweist sich einmal mehr als ein nützliches Instrument für die konservativen Kräfte, weil er unser großes Ziel, mehr wirtschaftliche Gerechtigkeit in der Gesellschaft durchzusetzen, untergräbt. Es gibt Hunderttausende linke Katalanen, die es anders sehen, die ein unabhängiges Katalonien als ein progressives Projekt ansehen und für die sozialer Fort-

schrift und nationale Selbstbestimmung untrennbar miteinander verbunden sind. Ich bin in diesen Punkten völlig anderer Meinung als sie.

Die Situation in Katalonien wird meist als Gegensatz zwischen Abstraktionen wie Selbstbestimmung, Demokratie, Rechtsstaat, Souveränität, das Volk etc. abgehandelt. Ich möchte davon hier wegkommen und eine materialistische Interpretation anbieten.

Was als begrenzbarer/eingrenzbarer Konflikt zwischen verbündeten Eliten um regionale Finanzen begann, ist nun auf die Titelseiten der Weltpresse katapultiert worden. Dass die Situation in Katalonien, einer der wohlhabendsten Regionen der Welt, immer öfter mit der von Nordirland, der Ukraine oder des zerfallenden Jugoslawiens verglichen wird, ist zutiefst beunruhigend und das Ergebnis eines massiven politischen Versagens.

Was ganz offensichtlich ist, wird aber fast immer verschwiegen: Die Hauptverlierer in diesem sektiererischen Konflikt zwischen zwei Parteien der Rechten sind die arbeitenden Klassen. Sobald Politik als ein Konflikt zwischen Nationen konstruiert wird, werden Fragen der Verteilung entweder in den Hintergrund gedrängt oder deformiert. Jede Eskalation entlang dieser Achse stellt einen Rückschlag für mögliche Alternativpositionen dar.

DER WEG ZUM HIER UND JETZT

Die Regierungen von Spanien und Katalonien sind einander viel ähnlicher, als sie je zugeben würden. Sie werden beide von konservativen Parteien geführt, denen beiden der Haut-

gout der systematischen Korruption anhängt. Sie sind beide enthusiastische Administratoren einer Austeritäts-Agenda und sind beide konsequente Feinde der Interessen der organisierten ArbeiterInnenklasse. Ihre Fähigkeit in den letzten sechs bis sieben Jahren an der Macht zu bleiben hängt ganz stark daran, dass sie den Fokus der öffentlichen Aufmerksamkeit von sozialen Themen hin zu Identitätskonflikten gelenkt haben.

Anfang September dieses Jahres verabschiedete das katalanische Parlament zwei Gesetze, die das Abhalten eines Unabhängigkeitsreferendums und eine Übergangsphase vor der Erlangung der vollen Unabhängigkeit vorsah. Es war nicht gerade ein verheißungsvoller Gründungsmoment. Während sie sich selber ständig als unterdrückte Minderheit darstellen, haben die katalanischen Nationalisten (die selber nur eine Mandatsmehrheit und keine Mehrheit der Stimmen hinter sich haben) die parlamentarische Opposition in Barcelona ihrer Rechte beraubt um diese Gesetze durchzupeitschen.

Das spanische Verfassungsgericht hat diese Gesetze sofort wegen Verfassungswidrigkeit suspendiert, nachdem sie zuvor bereits von katalanischen Gerichten zurückgewiesen worden waren und die darüberhinaus gegen das katalanische Autonomiestatut verstießen. Doch hat diese Legislaturperiode den Beginn eines Zusammenbruchs des Institutionengefüges markiert, da nun unterschiedliche Institutionen (die katalanische und die spanische) um Legitimität rangen. Die katalanische Regierung beharrte auf dem Standpunkt, dass sie ein Referendum abhalten lassen würde, und dass sie im Falle einer Mehrheit für die Loslösung von Spanien (was als gegeben angenommen werden konnte, da die Gegner der Unabhängigkeit zum Boykott aufriefen) Katalonien zu einem unabhängigen Staat proklamieren würde.

Die spanische Regierung reagierte darauf mit einer brutalen Welle der Repression, die die Abhaltung des Referendums verunmöglichen sollte. Sie bedrohte Wahlbesitzer etwa mit hohen Strafzahlungen. Anstatt das Referendum vonstatten gehen zu lassen, und gleichzeitig seine Glaubwürdigkeit und Legitimität in Frage zu stellen, entschied sich die Regierung in Madrid in unverhältnismäßiger Art und Weise ihre Macht zu demonstrieren. Das verschlimmerte die Situation erheblich, und schadete gleichzeitig dem Ruf Spaniens in den Augen der Weltöffentlichkeit.

Statt die Unabhängigkeit nach dem Referendum formell zu erklären, wie es das Gesetz vorsah, entschied sich der katala-

nische Präsident Puigdemont in der Ambiguität zu verharren. Er erklärte, dass es Katalonien nunmehr freistünde, jederzeit seine Unabhängigkeit zu erklären; diese würde jedoch vorerst nicht erfolgen. Die nationalistische Mehrheit im katalanischen Parlament verabschiedete eine symbolische Unabhängigkeitserklärung, die jedoch noch nicht in Kraft getreten sei und erklärte sich selber zu den legitimen Repräsentanten des katalanischen Volkes. Damit war der institutionelle Zusammenbruch vollkommen. Das katalanische Parlament hatte die spanische Verfassung verletzt, der katalanische Präsident ignorierte nach eigenem Gutdünken katalanische (von seiner eigenen Regierungsmehrheit beschlossene) Gesetze und es existiert nun neben dem demokratisch gewählten katalanischen Parlament eine zusätzliche »Unabhängigkeits«-Versammlung.

Es kann in einer funktionierenden Demokratie nur EIN rechtlicher Rahmen existieren. Wie weit die gleichzeitig behauptete Legitimität Kataloniens und der spanischen Verfassung aufrecht erhalten bleibt, ob die katalanische Regierung einlenkt oder nicht, ob sie dazu gezwungen wird oder nicht wird stark beeinflussen, wie stark die Polarisierung und die sozialen Unruhen ausfallen werden.

Die Debatte um die Souveränität ist letztlich anti-politisch, denn sie bleibt gefangen in einer prä-politischen Fragestellung: Wer ist das legitime Volk? Diejenigen, die behaupten, Katalonien wäre nicht Spanien, glauben auch, dass es Katalonien gestattet sein sollte, seine Zukunft unabhängig von Spanien zu gestalten und dass es sich letztendlich dafür entscheiden sollte, sich unabhängig zu machen. Dieser Standpunkt ist, wenn man sich sehr anstrengt, mit der Sichtweise vereinbar, wonach Katalonien ein Teil der spanischen Nation ist und dass alle Spanier bei Belangen, die alle Spanier betreffen, mitentscheiden sollten. Es gibt keinen Konsens in der Frage, wer genau »das Volk« ist, das zu entscheiden hätte, ob Katalonien ein unabhängiger Staat werden soll oder nicht.

Keine der beiden Regierungen, weder die katalanische noch die spanische, erkennt die demokratische Legitimation der jeweils anderen Seite an; weder die Verteidigung des Rechtsstaates oder seine Unterminierung wird von der jeweils anderen Seite als legitim erachtet. Was nicht heißt, dass beide Seiten gleich recht hätten. Die spanische Demokratie hat ihre Schwächen. Aber eine einseitige Unabhängigkeitserklärung Kataloniens wäre undemokratisch und illegitim. Wo der Konsens endet, beginnt die Gewalt und das bringt die Tendenz mit sich, den Status quo aufrecht zu erhalten. Der Ab-

sturz von Habermas zu Hobbes bringt nie etwas Gutes. Der Konflikt zwischen den Regierungen hat das politische Klima vergiftet und die sozialen Spannungen verschärft – und die Lasten dieses Konflikts sind, wie immer, höchst ungleich nach Klasse, Geschlecht und nach Herkunft verteilt.

DIE KATALANISCHE BOURGEOISIE BEKOMMT KALTE FÜSSE

Die Wohlhabenden vermögen es meistens, ihre Risiken weitgehend zu minimieren und gehören immer zu den opportunistischsten Akteuren. Eine Fraktion des katalanischen Kapitals hörte in der ersten Oktoberwoche auf zu existieren. Sie hat sich in diesen Tagen in einen Regionalausschuss des spanischen Kapitals verwandelt. Es begann damit, dass zwei katalanische Großbanken die Verlegung ihrer Hauptquartiere von Barcelona ins übrige Spanien verkündeten. Dem folgten einige andere der größten katalanischen Firmen. Die Illusion der völlig schmerzlosen Trennung von Spanien erwies sich als das, was sie immer war – als Illusion. Mehr denn je sind die Schlüsselbetriebe der katalanischen Wirtschaft nun von Kräften außerhalb Kataloniens kontrolliert.

Eine unsichtbarer Faden verbindet die Entdeckungsfahrten Kolumbus', die Britische East India Company und die United Fruit Company und die Geschäftstätigkeit der Ölkonzerne unserer Tage. Hinter dem vordergründigen Wirken der Marktkräfte/der Entfaltung des Kapitalismus verbirgt sich oft – der Staat. Gewalt oder die Drohung mit Gewalt schützt das Recht auf Privateigentum. In seiner brutalsten Manifestation vernichtete diese Schutzmacht der Besitzenden das eine Mal die spanische Republik; das andere Mal das Rote Wien. Es verschickt die Jean Valjeans dieser Welt auf die Galeeren und verurteilt sie zu hungern, und es raubt den Bedürftigen den Schlaf. Ohne eine Schuss abzugeben, zwingt der Kapitalismus die Masse der Bevölkerung zu wählen zwischen Elend und Ausbeutung und nennt dies dann »Zustimmung«. Das katalanische Kapital hat fast einstimmig entschieden, die Flucht in den sicheren Hafen des spanischen Staates anzutreten. Wie immer, hat das Kapital seine Interessen erhalten wollen, und dabei die ungleiche Machtverteilung zwischen Arbeit und Kapital offen gelegt.

Kurzfristig ist der Schock groß, aber die Auswirkungen sind begrenzt. Aber er deutet auf andere Veränderungen hin, die die Zukunft bringen werden: Nach den Konzernzentralen werden Verwaltungsjobs und andere mit der Zentrale verbundene Arbeitsstellen folgen. Fortgesetzte Instabilität werden

den katalanischen Industriekapitalismus bedrohen. Sollte einmal die Entscheidung anstehen, ob man lieber für den gesamtspanischen Markt produzieren und expandieren möchte, könnte die katalanische Wirtschaft den Kürzeren ziehen. Arbeitsplätze werden verloren gehen, die Steuereinnahmen werden sinken, Investitionen werden ausbleiben und die Entscheidungsgewalt über die katalanische Wirtschaft wird sich noch mehr aus Katalonien hinausverlagern. Dem Kapital, das relativ mobil ist, wird es ein leichtes sein, die Kosten für diese Anpassungen auf den Faktor Arbeit überzuwälzen.

Der zweite schwere Schlag für die Fantasievorstellungen von einer schmerzfreien Loslösung Kataloniens von Spanien war die klare Botschaft, die von den europäischen Institutionen ausging. Diese riefen zwar die spanische Regierung dazu auf, in einen Dialog zu treten und Gewaltanwendung zu vermeiden, gleichzeitig machten sie es aber klar, dass sie die Frage der katalanischen Unabhängigkeit als innere Angelegenheit Spaniens betrachteten, die innerhalb des Rahmens der spanischen Verfassung gelöst werden sollte. Ein unabhängiges Katalonien würde also nicht automatisch ein herzliches Willkommen von der EU finden. Die anti-kapitalistische, für die Unabhängigkeit eintretende CUP lag also richtig in ihrer Einschätzung, dass die Durchsetzung der Unabhängigkeit Kataloniens nur mit einer kräftigen Dosis Antikapitalismus und Europaskepsis durchzusetzen wäre.

Dass dies eine Überraschung für die katalanische Regierung war, die von einer sich selbst als »Partei der Ordnung« sehenden politischen Formation geführt wurde, war wiederum eine Überraschung für den Rest des politischen Spektrums. Sie waren es, die für die Strategie der Beschleunigung der Unabhängigkeitsbestrebungen mit all ihren Widersprüchen optiert hatten, und die damit den Ruin ihrer Partei – und der katalanischen Wirtschaft – heraufbeschworen hatten. In dem sie Schritt für Schritt auf eine Herausforderung der bestehenden Verfassungs- und Rechtsordnung hinarbeiteten, führten sie das Land ins Chaos. Ungewissheit, Unsicherheit ist aber schlecht für Geschäft. Daher muss man diese Partei, die sich bis 2015 CiU (also *Convergència i Unió*) nannte, als die inkompetenteste Verteidigerin der ihr eigentlich am Herzen liegenden Kapitalinteressen in ganz Europa betrachten.

Der Abfall der wirtschaftlichen Elite ist zwar ökonomisch bedeutsam, aber weniger wichtig in Hinsicht auf die Folgen bei Wahlen. Die Zustimmung zur katalanischen Unabhängig-

keit ist am stärksten bei den Mittelschichten, aber nicht majoritär in der katalanischen Gesellschaft insgesamt. Je geringer das Einkommen, desto weniger Begeisterung für die katalanische Unabhängigkeit wird man antreffen. Es wäre bequem, vielleicht sogar tröstlich, wenn man annehmen könnte, dass man politische Präferenzen in Katalonien aufgrund der Klassenlage definieren könnte. Tatsächlich ist dieser Faktor aber zweitrangig, wenn es darum geht, politisches Verhalten zu erklären.

Viel wichtiger sind Faktoren wie familiärer Hintergrund und Sprachzugehörigkeit. Auf den stärksten Widerstand treffen die katalanischen Unabhängigkeitsbestrebungen bei jenen Millionen Katalanen und ihren Kindern, die vor Jahrzehnten aus dem übrigen Spanien auf der Suche nach besseren Arbeits- und Lebensbedingungen zugewandert sind. Diese Gruppe sieht keinen Widerspruch darin, sich als Katalanen und als Spanier zugleich zu fühlen. Die meisten dieser Zuwanderer sind ärmer als die Durchschnittsbevölkerung und sind daher überproportional in den unteren Einkommenschichten repräsentiert.

Katalonien ist ein Einwanderungsland, in das mehr als eine Million Ausländer in den Boomjahren immigriert sind. Dieser Teil der Bevölkerung ist der marginalisierteste und am meisten vergessene in der derzeitigen Debatte. Nichtsdestotrotz ist jedes Segment der katalanischen Gesellschaft sehr plural in Herkunft und Zusammensetzung.

Ein überwältigender Teil der Einwohner Kataloniens vereinbart eine katalanische mit einer spanischen Identität. Politisch bedeutet das, dass man ein klassenübergreifendes Bündnis für Umverteilung, oder Polarisierung entlang nationaler Grenzen betreiben kann, aber nicht beides. Und was derzeit stattfindet, ist eine bisher noch nie dagewesene Polarisierung – sowohl was ihr Ausmaß als auch was ihre Intensität betrifft.

DAS ENDE DER ANTIFASCHISTISCHEN EINHEIT UND DIE RÜCKKEHR DER ANTIFASCHISTISCHEN RHETORIK

Die Uneinigkeit in der Frage, wer denn nun »das Volk« wäre, impliziert auch Uneinigkeit darüber, wessen Autorität legitim wäre und wie die Demokratie funktionieren soll. Ein föderaler Rahmen würde die Möglichkeit bieten, Spaniens multinationale Realität von einander überlappenden Souveränitätsansprüchen mit der gegenseitigen Anerkennung und gegenseitiger Loyalität zu einem Staat zu verbinden. Stattdes-

sen lässt der derzeitige verfassungsrechtliche Status quo nur die Wahl: Entweder man verteidigt die existierende Ordnung oder man bricht mit ihr.

Die Bilder von Polizisten, die hunderte BürgerInnen misshandeln, die nichts getan haben, außer zu versuchen, ihre Stimme beim Referendum abzugeben, das die politischen Machthaber in Madrid ohnehin nicht anerkennen würden, hat die spanische Regierung niemandem sympathischer gemacht. Sowohl die Regierung als auch ihre Unterstützer (von den Begeisterten bis zu den weniger Begeisterten) sehen die spanische Verfassung als legitim an. Sie können unterschiedlicher Meinung sein, ob die Reaktion des spanischen Staates in irgendeinem Verhältnis stand, ganz zu schweigen von der Frage, ob diese Reaktion besonders intelligent war –, aber sie sind sich einig darin, dass der spanische Staat legitim ist. Das Unabhängigkeitslager hingegen versucht die Repressionsmaßnahmen der Regierung als in der Tradition des faschistischen Franco-Regimes stehend darzustellen und sieht sich selbst als Nachfolger des anti-francistischen Widerstands.

Tatsächlich aber war der Schlüssel für die antifaschistische Einheit während der *transición* (der Übergang von der Diktatur zur Demokratie) das Konzept Kataloniens als »un sol poble«, katalanisch für »ein einziges Volk«. Während alle Seiten zumindest rethorisch an diesem Konzept festzuhalten vorgeben, ist das alte Bündnis zwischen verschiedenen Teilen der Bevölkerung zerstört. Das Streben nach nationaler Selbstständigkeit droht paradoxerweise, den nationalen Zusammenhalt Kataloniens aufzuösen. Solange der Konflikt auch als einer zwischen den angeblich »authentischen« nationalen Vertretern Kataloniens gegen die Zentralmacht Spanien dargestellt wird, wird er auch in Katalonien selber weitergehen zwischen jenen, die sich repräsentiert fühlen durch eine solche Politik, und jenen, die sich durch den katalanischen Nationalismus ausgeschlossen fühlen.

Dieser Mangel an gegenseitigem Anerkennen ist auf beiden Seiten auszumachen. So wie alle Schritte, die die Zentralregierung unternommen hat, zu einer Verschärfung der Lage geführt haben, haben das auch alle Schritte der katalanischen Regierung auf der anderen Seite in Madrid getan. Die Gegner der katalanischen Unabhängigkeit sind das nicht aus bloßem Verfassungspatriotismus. Niemand sollte davon überrascht sein, dass die Radikalisierung des katalanischen Nationalismus im Rest Spaniens einem spanischen Nationalismus Auftrieb verschafft hat. Diese wachsende Stärke des spani-

schen Nationalismus, sowohl in Katalonien als auch im Rest Spaniens, nützt vor allem den Parteien der politischen Rechten und auch der außerparlamentarischen extremen Rechten. Das explosionsartige Überhandnehmen von spanischen Flaggen ist die verspätete Reaktion auf das explosionsartige Überhandnehmen von katalanischen Flaggen.

DIE HERAUSFORDERUNG DER UMVERTEILUNG

Ein Konflikt, der auf diese Art und Weise ausgetragen wird, drängt alle anderen Fragen in den Hintergrund. Was die Möglichkeiten eines Umverteilungsprojekts angeht, ist das ein echtes Desaster. In Katalonien hatte die Links-Rechts-Achse über viele Jahre ihre eigene Logik. Sie war oft mehr Ausdruck von lokaler Tradition (basierend auf der Haltung zur Franco-Diktatur) als von sonst etwas. In Spanien sind es traditionellerweise die AnhängerInnen der Linken, die für eine stärkere Dezentralisierung sind, während die Zentralisten paradoxerweise auch diejenigen sind, die für den »schlanken Staat« plädieren.

Das stellt ein ernsthaftes Problem für das Wohlergehen von Katalanen und Spaniern zugleich dar. Innerhalb des katalanischen Nationalismus wird eine Linke hegemonial sein, die ihr Linkssein im Rahmen des Nationalismus definiert. Innerhalb des Verfassungsblocks wird die Rechte dauerhaft von der Fortsetzung der bestehenden Ordnung profitieren. Solange die derzeitige außergewöhnliche Situation andauert, sind die Aussichten für ein politisches Projekt, dass soziale Gerechtigkeit in den Vordergrund rückt, düster.

Sowohl die katalanische als auch die spanische Regierung haben sich dazu entschlossen, eine ungleiche ökonomische Entwicklung voranzutreiben, die die weitere Prekarisierung der Arbeitsverhältnisse verallgemeinert, die Gehälter weiter drückt und die Arbeitsbedingungen verschlechtert. Aufgrund stagnierender und sinkender Löhne sind Gewinne gestiegen. Gewerkschaften sind jedoch zu schwach und insbesondere dort schwach, wo die meisten neuen Arbeitsplätze entstehen, nämlich im Dienstleistungssektor. Sich selbst überlassen, wird der spanische Arbeitsmarkt niemals den ArbeiterInnen einen anständigen Lebensstandard ermöglichen.

Die strukturelle Schwäche der spanischen Arbeiterklasse könnte durch eine Ausweitung des öffentlichen Sektors und einen Ausbau des spanischen Wohlfahrtsstaates ausgeglichen werden, etwa des Pflegesektors. Irgendeine Entwicklung in diese Richtung würde aber auch einen Ausbau des spanischen Steuerstaates bedingen.

Das derzeitige spanische Steuersystem führt zu einem ständigen Steuerwettbewerb zwischen den Regionen. Das Konzept einer weiteren Dezentralisierung des spanischen Staates, das von vielen spanischen Linken verteidigt wird, würde diesen Problem nur verschlimmern und eine Ausweitung staatlicher Ausgaben erschweren. Anstatt die Politik von Wolfgang Schäuble zu imitieren, sollte Fiskalpolitik vielmehr in Spanien bzw. Europa zentralisiert werden, auch um einen großzügigen Wohlfahrtsstaat errichten bzw. ausbauen zu können. Im derzeitigen politischen Klima scheint für solche Diskussionen allerdings kaum Raum zu sein.

Ein Bundesstaat scheint der einzige Weg zu sein um eine weitere Polarisierung zu verhindern und einerseits die nationale Frage zu lösen und andererseits den Wohlfahrtsstaat zu stärken. Pessimismus des Intellekts aufzubringen ist einfach, aber im Moment erscheint Optimismus des Willens entweder heroisch oder illusionär.



DAVID LIZOAIN

arbeitet als Ökonom in Madrid. Er war Wirtschaftsberater des letzten sozialistischen Präsidenten Kataloniens und Direktor für Politikentwicklung und Forschung der Sozialistischen Partei Kataloniens bis 2015.

**100 BESTE
PLAKATE**
MAK

wachmeister



Grafik: P. Amund Wink, Ramon Keimig, Karolina Waal
Atelier: Rocket & Wink
Wachholger, Gebt ihnen fritz
Auftraggeber: fritz-kulturgüter GmbH, Hamburg
Druck: flyeralarm GmbH, Würzburg
Drucktechnik: Digitaldruck
Deutschland
© Rocket & Wink/100 Beste Plakate e. V.

100 BESTE PLAKATE

MAK

The Future
Sound pres:

11. Nov. 2016
— 23:00

Stadtwerkstatt
— Linz, AUT

#66

Daedelus (Brainfeeder / LA)
Mieux (Live / Vie)
Badspin
Abby Lee Tee

Daedelus
Daedelus
Daedelus
Daedelus

stwst.at

Grafik: Wolfgang Ortner, Thomas Steiner, Sarah Oos
Atelier: OrtnerSchinko
Daedelus, The Future Sound (Serie von zwei Plakaten)
Auftraggeber: Kulturverein Stadtwerkstatt, Linz
Druck: Onlineprinters GmbH, Neustadt a. d. Aisch
Drucktechnik: Offsetdruck
Österreich
© OrtnerSchinko/100 Beste Plakate e. V.

**100 BESTE
PLAKATE**
MAK



Graphik: Benjamin Buchegger
Atelier: Beton
Mai Frische
Auftraggeber: Hochschule für Grafik und Buchkunst Leipzig
Druck: Onlineprinters GmbH, Neustadt a. d. Aisch
Drucktechnik: Offsetdruck
Österreich
© Benjamin Buchegger/100 Beste Plakate e. V.

»Wir sind jetzt der politische Mainstream«

Die »Parteitagssaison« Ende September/Anfang Oktober hat die Neuverteilung der politischen Kräfteverhältnisse in Großbritannien nochmal unterstrichen: Während die Konservativen nach einem völlig verunglückten Auftritt von Theresa May weiter ins politische Chaos gerutscht sind, strotzen die Labour Party und ihr Parteichef Jeremy Corbyn vor Tatkraft und Zuversicht. In seiner Parteitagsrede, die wir nachstehend dokumentieren, skizziert Jeremy Corbyn die politischen und organisatorischen Grundlagen, die seine Partei zur stimmenstärksten Sozialdemokratie Europas gemacht haben, warum er den Sturz der konservativen Minderheitsregierung nur für eine Frage der Zeit hält und wie eine Labour-Regierung die Herausforderungen des Brexit meistern würde.

Der diesjährige Parteitag der Labour Party in Brighton war in vielerlei Hinsicht bemerkenswert. Es war Corbyns dritter Parteitag als Parteichef und es war der erste, der nicht im Zeichen der Rebellion der Parlamentsfraktion gegen den von den Mitgliedern gewählten Vorsitzenden stand. Das lag nicht nur an Labours unerwartetem Wahlerfolg am 8. Juni: Dieser Parteitag markiert auch die Übernahme wesentlicher Machtpositionen im Parteiapparat durch die neue Massenmitgliedschaft. Eine Änderung der Parteistatuten drängte den Einfluss der Parlamentsfraktion auf die Wahl des Parteichefs und die Zusammensetzung des Vorstands zugunsten der Rechte der Mitglieder zurück. Die Mehrheitsverhältnisse am Parteitag haben auch gezeigt, dass die neuen Mitglieder nicht nur an der Urabstimmung zur Wahl des Vorsitzenden teilnehmen, sondern begonnen haben, sich in den lokalen Parteien zu engagieren: Das äußerst einflussreiche »Conference Arrangement Committee« wurde im Vorfeld mit 2/3-Mehrheit in Corbyns Sinne neu gewählt. Und auch die Delegierten wurden überwiegend neu bestimmt und folgten mit großer Mehrheit den von der Labour-Basisbewegung Momentum vertretenen Positionen. Zu Recht betrachten sich die Blairistischen Zirkel der Partei als neue Minderheit. Ihre Möglichkeiten, Corbyn durch interne Intrigen und öffentliche Querschüsse zu desavouieren sind auf dem Parteitag minimiert worden.

Noch interessanter als diese Verschiebung der internen Kräfteverhältnisse ist jedoch das Auftreten des Parteichefs selbst. Corbyns Rede besticht nicht durch ihre ausgefeilte

Rhetorik, sondern durch ihren Inhalt und eine bei ihm (noch) nicht gewohnte Lockerheit. Der Wahlerfolg vom 8. Juni hat Corbyn sichtlich beflügelt, seiner persönlichen Bescheidenheit aber keinen Abbruch getan. Drei Punkte seiner Rede erscheinen dabei besonders bemerkenswert: Obwohl Corbyn, besonders unter jungen Menschen, unbestreitbar Kultstatus erlangt hat, streicht er hervor, dass nicht seine Person, sondern die Aktivierung und Mobilisierung hunderttausender Menschen das Erfolgsgeheimnis der Labour-Kampagne war. Wie im Wahlkampf stellt er die soziale Trennlinie – den Snobismus der Tories gegenüber Labours empathischem Programm im Interesse der großen Mehrheit – ins Zentrum seiner politischen Erzählung und bezieht klar Position gegen die konservativen Versuche der Spaltung und der Hetze gegen EU und MigrantInnen. V.a. aber arbeitet er im Schlussteil sehr überzeugend heraus, dass der Wahlsieg seiner Partei dadurch ermöglicht wurde, nicht einer imaginären »politischen Mitte« nachzujagen, sondern durch das Aufzeigen klarer Alternativen die politische Mitte neu definiert zu haben. Wer die innenpolitische Debatte Großbritanniens verfolgt, kann Corbyn nur Recht geben: Labours Politik ist heute Mainstream. Davon gilt es zu lernen.

Liebe GenossInnen!

Wir treffen diese Woche als eine geeinte Partei zusammen, die in allen Teilen unseres Landes auf dem Vormarsch ist, die das Vertrauen von Millionen unserer MitbürgerInnen gewinnt. Wir stellen hier unsere Ideen und unsere Pläne für die Zukunft des Landes vor, die bereits unzählige Menschen aller Altersstufen und unterschiedlichster Herkunft inspiriert haben.

Es ist ein Privileg, hier in Brighton zu sprechen, einer Stadt, die nicht nur auf eine lange Tradition als Austragungsort von Labour-Parteitag zurückblickt, sondern auch auf eine Geschichte großer, inspirierender Labour-AktivistInnen.

Es ist mehr als ein Jahrhundert her, dass eine jugendliche Handelsarbeiterin genug hatte von den unerträglichen Arbeitsbedingungen, mit denen sie und ihre ArbeitskollegInnen konfrontiert waren. Sie riskierte ihren Job, indem sie der Gewerkschaft beitrug, von der sie in dem Zeitungsausschnitt erfahren hatte, in den ihre Fish&Chips verpackt gewesen waren. Und sie war eine so effektive Gewerkschafterin, dass sie noch vor ihrem 30. Geburtstag stv. Generalsekretärin ihrer Fachgewerkschaft wurde. In dieser Funktion arbeitete sie an der historischen Resolution des TUC von 1899 mit, mit der die Schaffung des Labour Representation Committee, und damit die Vertretung der arbeitenden Menschen im Parlament initiiert wurde. Margaret Bondfield wurde selbst zur Abgeordneten gewählt und war 1929 die erste Frau in einem britischen Kabinett. Aus einem Brightoner Stoffgeschäft in die Downing Street – die Geschichte von Margaret Bondfield erinnert an die entscheidende Rolle, die Frauen seit der Gründung der Labour Party spielten. Und sie erinnert daran, dass Labours Aufgabe seit über hundert Jahren darin besteht, gemeinsam für Veränderung zu sorgen und sich für andere einzusetzen.

Liebe GenossInnen, entgegen allen Voraussagen haben wir im Juni den größten Stimmenzuwachs seit 1945 erreicht, das beste Ergebnis für Labour einer ganzen Generation. Dieses Ergebnis hat die Tories zu einer Regierung auf Abruf gemacht und uns an die Schwelle der Macht getragen.

Ja, es hat nicht ganz gereicht und wir sind noch Opposition geblieben, aber wir sind schon mehr als das: Wir sind bereits eine Regierung im Wartesaal. Unser herausragendes Schattenkabinett und unsere Botschaft an unser Land könnten nicht klarer sein: Labour ist bereit!

Wir sind bereit, die Ungleichheit zu überwinden, unser Gesundheitssystem wieder aufzubauen, jungen Menschen Lebenschancen und alten Menschen Würde und Sicherheit zu geben. Wir sind bereit, in unsere Wirtschaft zu investieren und die Herausforderungen des Klimawandels und der Digitalisierung zu meistern. Wir sind bereit Friede und Gerechtigkeit ins Zentrum unserer Außenpolitik zu rücken. Und wir sind bereit, ein neues, fortschrittliches Verhältnis zu Europa zu begründen.

Wir sind bereit, die Tories sind es eindeutig nicht. Sie sind sicherlich nicht stark und sie sind definitiv nicht stabil. Sie sind nicht im Entferntesten geeint und sie hängen an einem seidenen Faden.

Aber diese Tory-Regierung hat uns trotzdem etwas voraus: Sie haben den magischen Geldbaum gefunden, den sie gebraucht haben, um Theresa May im Amt zu halten. Sie haben einmal daran gerüttelt – und siehe da, jetzt kennen wir endlich den Preis der Macht! Er beträgt ungefähr 100 Millionen Pfund pro Abgeordneten der Democratic Unionist Party (DUP).

Erinnert Ihr Euch noch, wie Theresa May im Wahlkampf vor der »Koalition des Chaos« gewarnt hat? Nun, jetzt zeigt sie uns, wie das funktioniert. Und da meine ich nicht nur den verzweifelten Handel mit der DUP. Die »Koalition des Chaos« ist rund um ihren Kabinetttisch versammelt – Phillip Hammond und Liam Fox, Boris Johnson und David Davis. Sie gehen sich wechselseitig bei jeder Gelegenheit an die Gurgel und sie zanken und intrigieren, um die Premierministerin bei erster Gelegenheit zu stürzen, anstatt sich um die großen Themen unseres Landes zu kümmern.

Es wäre zum Lachen, wäre die Bilanz der Konservativen in den letzten sieben Jahren nicht so ein Desaster: Noch nie sind Löhne so lange so kontinuierlich gefallen. Die Obdachlosigkeit hat sich verdoppelt. Wartelisten in den Spitälern werden immer länger, die Schulklassen werden immer größer, und immer mehr LehrerInnen quittieren den Dienst. Vier Millionen Kinder leben in Armut. 20.000 PolizistInnen und 11.000 Feuerwehrleute wurden eingespart und noch nie haben so viele Menschen, die Arbeit haben, in Armut gelebt. Großbritannien wurde von der UNO verurteilt, weil es die Rechte behinderter Menschen verletzt. Es ist herzlos und berechnend. Berechnend, weil die Tories im Namen der »Budgetsanierung« und der Austerität das Leben von Millionen von Menschen verschlechtern, um die Steuern für die Reichen und Mächtigen zu senken.

Liebe GenossInnen, unsere Wahlkampagne hat die Tories gestoppt. Das Wahlergebnis hat zu einer Kehrtwende der Regierung nach der anderen geführt. Die grausame Demenzsteuer wurde innerhalb von drei Tagen nach ihrer Verkündung wieder zurückgenommen. Pläne zur Wiedereinrichtung von Hauptschulen wurde fallen gelassen. Die Wertsicherung

der Pensionen bleibt unangetastet. Der Heizkostenzuschuss bleibt bestehen. Die Fuchsjagd bleibt verboten. Und der Plan, das kostenlose Mittagessen in Volksschulen zu streichen, ist im Mistkübel gelandet. Drei Monate nach der Wahl entsorgt die konservative Chaos-Koalition ihr Wahlprogramm und sich selbst. Sie haben jede Idee und alle Energie verloren. Sie suchen sich in ihrer Verzweiflung die Rosinen aus den Labour-Vorschlägen heraus, sogar beim Brexit.

Ich möchte der Premierministerin dazu sagen: »Sehr gerne. Aber wenn schon, denn schon! Machen Sie Schluss mit Austerität, mit Studiengebühren, mit den Lohnkürzungen im öffentlichen Dienst.« Für alle diese Fragen finden wir Mehrheiten im Unterhaus. Diese Regierung hat keinen Daseinszweck mehr, außer sich an der Macht festzukrallen.

Labour legt schon heute die politische Tagesordnung fest, wir setzen in den öffentlichen Debatten einen neuen Konsens durch, in welche Richtung sich unser Land bewegen soll.

Liebe GenossInnen, unser Wahlkampf hatte zwei Stars. Der erste Star war unser Wahlprogramm, das auf den Ideen unserer Mitglieder und GewerkschafterInnen und ihrer Hoffnungen und Visionen für unsere Gemeinden und Arbeitsstätten beruhte. Und wir haben sehr klar gemacht, wie wir die Verwirklichung unserer Pläne finanzieren wollen: indem wir die Reichsten und die großen Konzerne endlich ihren fairen Anteil zahlen lassen. Wir wollen nicht nur innerhalb eines kaputten Systems umverteilen, wir wollen dieses System transformieren. Wir sind nicht nur angetreten, um bestehende öffentliche Dienste zu verteidigen, sondern auch, um unsere Wirtschaft neu aufzubauen und in sie zu investieren, um mit regionalen Investitionsbanken in öffentlichem Eigentum nachhaltiges Wachstum, gute Arbeitsplätze und Prosperität in allen Teilen unseres Landes zu schaffen.

Unser Wahlprogramm ist das Programm einer modernen, fortschrittlichen, sozialistischen Partei, die sich ihrer Wurzeln und ihres Zwecks bewusst ist und die sich damit gegen den europäischen Trend stellt.

Liebe GenossInnen, der zweite Star dieser Kampagne – das seid IHR. Unsere Mitglieder, unsere UnterstützerInnen in den Gewerkschaften, alle die bei Hausbesuchen und in den sozialen Medien um Stimmen gekämpft haben. Hunderttausende haben sich online und vor Ort organisiert, um eine Gegenmacht zur Macht des großen Geldes des Tory-Apparats zu entwickeln.

Es ist daher kein Zufall, dass Ihr hier heute die größte politische Partei Westeuropas repräsentiert, mit 600.000 Mitgliedern und 3 Millionen UnterstützerInnen aus den Gewerkschaften, deren Enthusiasmus und Zuversicht in die Möglichkeiten der Menschen unseres Landes grenzenlos scheint. Ihr seid die Zukunft! Und lasst mich das gerade heraus sagen: Ich bin überwältigt von dem, was ihr gemeinsam mit Hunderttausenden quer durch unser Land geleistet habt, um uns dort hinzubringen, wo wir jetzt stehen.

Nie war mein Stolz größer, von Euch an die Spitze der Partei gewählt zu sein. Unsere Wahlkampagne hat den Menschen Kraft und Stärke gegeben. Millionen wurden in die WählerInnenverzeichnisse aufgenommen und haben zum ersten Mal in ihrem Leben gewählt.

Labour war die Partei des Zusammenhalts, die Generationen und Communities zusammengebracht hat, statt sie gegeneinander auszuspielen, wie es die Tories getan haben. Wir werden niemals eine Generation im Stich lassen. Unter einer Labour-Regierung gewinnen die Menschen gemeinsam.

Wir haben die Mehrheit der Tories gebrochen, wir haben in jeder sozialen und in jeder Altersgruppe dazugewonnen, wir haben in jeder Region und in jeder Nation unseres Landes zusätzliche Sitze errungen.

Also bitte, Theresa May, bitte gehen Sie nochmal auf Wanderurlaub und treffen Sie eine ungestüme Entscheidung. Unsere Kampagne ist jederzeit gerüstet und startklar.

Natürlich gab es bei dieser Wahl auch Verlierer. Ich denke da an manche unserer Freunde in den traditionellen Medien. Sie haben die übliche Kampagne im Auftrag ihrer Eigentümer im Steuerexil geführt, um uns in jeder Phase schlecht zu machen. Eine Zeitung hat am Tag vor der Wahl 14 Seiten darauf verwendet, Labour anzugreifen. Am nächsten Tag haben wir 10% gewonnen. Noch nie sind so viele Bäume umsonst gestorben. Die Menschen haben das durchschaut. Also meine Bitte an die Redaktion der Daily Mail wäre: Könntet ihr das nächste Mal bitte 28 Seiten gegen uns schreiben?

Dieses Thema hat aber auch eine ernste Seite: Die Kampagne der Tories und der ihnen treu ergebenen Medien war ekelhaft und persönlich untergriffig. Sie hat den Hass im Netz angestachelt und niemand musste dabei mehr einstecken als Diane Abbott. Sie kämpft seit Jahrzehnten für soziale Ge-

rechtigkeit. Gerade angesichts der ungeheuerlichen, rassistischen und frauenfeindlichen Schmähungen, feindseligen Medien und einer Armee von Trollen im Netz, verdient sie mehr denn je unsere volle Unterstützung und Solidarität!

Natürlich kann es Meinungsunterschiede geben, aber es gibt keine Entschuldigung für Hass im Netz und persönliche Untergriffe. Wir regeln unsere Meinungsunterschiede in demokratischen Wahlen!

So ist die Labour Party, hier auf dem Parteitag in dieser Woche und in unseren Gemeinden und Nachbarschaften jede Woche: Vielfältig, offen, demokratisch und bereit, unserem Land zu dienen!

Die größte Aufgabe für die Politik ist derzeit der Brexit, ein unglaublich wichtiger und komplexer Prozess, der nicht darauf beschränkt werden kann, die Märchen zu wiederholen, die man vor 15 Monaten auf Busse geklebt hat. Als demokratische SozialistInnen respektieren wir das Ergebnis des Referendums. Aber Respekt vor einer demokratischen Entscheidung heißt nicht, dass wir einem verantwortungslosen Brexit-Kurs der Tories grünes Licht geben, um in Großbritannien nach dem Vorbild Donald Trumps soziale Rechte und Unternehmenssteuern abzusenken.

Wir werden nicht teilnahmslos zusehen, wie ein hoffnungslos unfähiges Verhandlungsteam die Arbeitsplätze, Rechte und Lebensstandards der Menschen in unserem Land aufs Spiel setzt. Es ist ein Verhandlungsteam, das um den persönlichen Vorteil, statt um das Beste für unser Land ringt. Immerhin konnte Theresa May durch ihre Rede in Florenz letzte Woche das Kabinett einen, zumindest für ein paar Stunden. Die Streitigkeiten sind erst wieder aufgebrochen, als ihr Flugzeug in Heathrow gelandet ist.

Noch nie hat eine Regierung dem nationalen Interesse so schlecht gedient. Gäbe es keine anderen Gründe für einen Rücktritt, die Brexit-Stümperei wäre Grund genug. Und daher habe ich eine einfache Botschaft an die Regierung: Zum Wohle Großbritanniens – nehmt Euch zusammen, oder verschwindet!

Eines will ich ganz klar sagen: Die drei Millionen EU-BürgerInnen, die derzeit in Großbritannien leben und arbeiten, sind hier willkommen. Diese Regierung lässt sie seit Monaten über ihr weiteres Schicksal im Unklaren. Theresa May, geben

Sie diesen Menschen jene Garantien, die sie sich verdienen. Wenn Sie es nicht machen, werden wir es tun!

Seit dem Referendum hat sich unser Brexit-Team auf unsere wirtschaftliche Zukunft fokussiert: Denn diese Zukunft ist ernsthaft bedroht. Ein mächtiger Teil der konservativen Parteiführung sieht Brexit als seine Chance, um aus Großbritannien eine Steueroase zu machen, einen Niedriglohn- und Niedrigsteuer-Spielplatz für Hedge-Fonds und Spekulanten. Das wäre für ein paar ganz oben eine tolle Sache. Aber die produzierende Industrie würde qualifizierte Jobs abziehen, unsere Steuerbasis würde schrumpfen und unsere öffentliche Dienste würden noch weiter ausgehungert werden.

Es sind nur noch 18 Monate bis wir die EU verlassen. Bis jetzt verbringt das Tory-Trio, das die Gespräche führt, mehr Zeit damit, miteinander zu verhandeln als mit der EU. Ein Austritt ohne Deal ist eine ernsthafte Gefahr geworden. Labour hat im Sommer klar gesagt, dass Großbritannien während einer Übergangsperiode Teil des Binnenmarktes und der Zollunion bleiben soll und wir begrüßen es, dass letzte Woche auch Theresa May, spät aber doch, eingelenkt hat. Aber unsere Aufgabe geht weit über eine solche Übergangsperiode hinaus: Sie besteht darin, unser Land hinter einer progressiven Vision zu vereinen, wie Großbritannien aussehen könnte mit einer Regierung, die sich für die Vielen, nicht für die Wenigen einsetzt.

Labour ist die einzige Partei, die jene, die für und jene, die gegen den Austritt gestimmt haben, zusammenführen kann, um unser Land für eine Zukunft jenseits des Brexit zu eilen. Worauf es bei den Brexit-Verhandlungen ankommt ist, eine Vereinbarung zu erreichen, die Arbeitsplätze, soziale Rechte und gute Lebensstandards sichert.

Liebe GenossInnen, die Trennlinie in der Brexit-Frage könnte nicht klarer sein: Ein chaotischer Tory-Brexit, der soziale Standards absenkt, oder ein Labour-Brexit, der die Arbeitsplätze an oberste Stelle setzt, uneingeschränkten Zugang zum Binnenmarkt garantiert und ein neues, kooperatives Verhältnis zur EU begründet. Ein Brexit, der die wieder gewonnenen Kompetenzen für eine neue Industriestrategie nützt, um unsere Wirtschaft einem Upgrading zu unterziehen; Ein Brexit, der unsere Wirtschaft an oberste Stelle setzt statt schwindliger Migrations-Obergrenzen, die die Flammen der Angst schüren sollen. Wir werden niemals den Tories auf ihrem schmutzigen Weg folgen, MigrantInnen für die bestehen-

den Übel in unserer Gesellschaft verantwortlich zu machen. Es sind nicht die MigrantInnen, die Löhne drücken, sondern die übelsten Arbeitgeber im Zusammenwirken mit einer konservativen Regierung, die keine Chance auslässt, Gewerkschaften zu attackieren und die Rechte der arbeitenden Menschen auszuhöhlen!

Labour wird Maßnahmen ergreifen, um Lohndumping zu bekämpfen, nicht um Sündenbockpolitik und Rassismus Raum zu geben. Wie Großbritannien die EU verlässt ist viel zu wichtig, um es den Konservativen, ihren internen Scharmützeln und Identitätskrisen zu überlassen[...]

Die Wahrheit ist – unter den Tories ist Großbritanniens Zukunft bedroht, wie auch immer der Brexit-Prozess ausgeht. Unsere Wirtschaft stellt keinen leistbaren Wohnraum, keine sicheren Arbeitsplätze, keinen wachsenden Lebensstandard bereit. In der Gesellschaft setzt sich ein neuer Konsens durch, wie dieses Land geführt werden sollte. Dafür haben wir in dieser Kampagne gekämpft und das ist notwendig, um das kaputte Modell zu ersetzen, das Margaret Thatcher vor vielen Jahren durchgesetzt hat.

Zehn Jahre nach der Finanzkrise glauben die Tories noch immer an dasselbe dogmatische Mantra – Deregulierung, Privatisierung, Steuerkürzungen für die Reichen, Abbau des Arbeitsrechts, Profite für die Wenigen, Schulden für die Vielen. Es hat sich nichts geändert. Es ist, als wären wir in einer politischen und ökonomischen Zeitblase gefangen. Die Financial Times hat letztes Monat geschrieben, dass »unser Finanzsystem noch immer so aussieht wie vor der Finanzkrise« und dass das kapitalistische System noch immer in einer »Legitimationskrise« stecke.

Jetzt ist der Zeitpunkt für die Regierung gekommen, um eine aktivere Rolle in der Neuaufstellung unserer Wirtschaft zu übernehmen. Jetzt ist der Zeitpunkt gekommen, um die Unternehmensbosse für ihre Aktionen verantwortlich zu machen. Und jetzt ist der Zeitpunkt gekommen für ein neues Modell der Wirtschaftssteuerung, um die gescheiterten Dogmen des Neoliberalismus zu ersetzen.

Deshalb will Labour nicht nur die Schäden reparieren, die durch die Austeritätspolitik verursacht wurde. Wir wollen unsere Wirtschaft transformieren und dem öffentlichen Sektor eine neue und dynamische Rolle geben, v.a. dort, wo der private Sektor versagt hat. [...]

Natürlich gibt es viel zu tun. Unsere Nationale Investitionsbank wird öffentliche Investitionen mobilisieren, um Wohlstand und gute Arbeitsplätze zu erzeugen. Wenn ich Unternehmergruppen getroffen habe, habe ich ehrlich gesagt, dass wir mehr in die Bildung und in die Infrastruktur, von der Energieversorgung bis hin zu digitalen Netzen, investieren werden und dass wir die Konzerne bitten werden, dafür etwas mehr Steuern zu zahlen.

Die Tories haben in Wirtschaftsfragen keinen Unternehmer-Zugang, sondern einen Nehmer-Zugang. Sie kümmern sich nicht um langfristige Investitionen und Wohlstand. Wenn man sich ansieht, was sie wirklich tun, nicht was sie sagen, geht es immer um Lohnsenkung, Leistungskürzung und schlechtere Standards. Sie wollen so schnell als möglich soviel Geld als möglich machen. Die Regierung dient nicht dem Volk, sondern den globalen Konzernen. Ihr Desinteresse an wachsender Ungleichheit, der Aushöhlung öffentlicher Dienste, ihre Verachtung für die Armen und Machtlosen haben unsere Gesellschaft brutaler und teilnahmsloser gemacht.

Diese Politik hat durch die Ruine des Grenfell Tower ein tragisches Monument erhalten. Ein furchtbarer Großbrand, der dutzenden Menschen das Leben gekostet hat, ein völlig vermeidbares menschliches Desaster. Es ist nicht nur eine Anklage gegen Jahrzehnte gescheiterter Wohnungspolitik, gegen Privatisierungen und himmelschreiende Ungleichheit in einem der reichsten Bezirke einer der reichsten Städte der Welt. Es ist auch eine Anklage gegen ein System, in dem Steuerenkungen für die Reichen wichtiger sind als anständige Sicherheitsvorkehrungen für alle und das nur Verachtung für die ArbeiterInnenklasse übrig hat. Vor der Brandkatastrophe hat eine Gruppe von Grenfell-BewohnerInnen gewarnt, ich zitiere hier die Worte der Gruppe, die alle PolitikerInnen in ihren Träumen heimsuchen sollten, »dass wohl erst eine Katastrophe die Unfähigkeit des Eigentümers sichtbar machen wird«. Grenfell ist nicht nur das Ergebnis schlechter politischer Entscheidungen. Es ist ein Symbol eines kaputten Systems, das Labour ersetzen muss und ersetzt wird. [...]

Es gibt in vielen Städten der Welt Mietzinskontrollen und ich will diese Möglichkeiten auch in unseren Städten schaffen, um die MieterInnen zu schützen. Wir brauchen auch eine Sondersteuer für nicht genutztes Bauland und Möglichkeiten zur Zwangsenteignung. Um es mit Ed Miliband zu sagen: »Verwendet es, oder ihr verliert es.« Wir brauchen Wohnraum für Familien!

Nach Grenfell müssen wir aber auch über so genannte Stadterneuerungs-Programme nachdenken. Stadterneuerung ist ein oft missbrauchter Begriff. Viel zu oft ist damit erzwungene Gentrifizierung und soziale Säuberung gemeint, wenn Immobilienentwickler übernehmen und MieterInnen vertreiben.

Wir haben daher gestern einen Beschluss gefasst: Stadterneuerung wird unter einer Labour-Regierung den Menschen dienen, nicht den Immobilienhaien. Dafür werden wir zwei Maßnahmen umsetzen. Nach Sanierungsmaßnahmen müssen erstens MieterInnen in betroffenen Gebäuden zu den gleichen Konditionen wohnen bleiben können. Keine sozialen Säuberungen, keine Mietzinserhöhungen, keine explodierenden Grundpreise. Zweitens müssen Lokalverwaltungen vor der Umsetzung von Stadterneuerungsmaßnahmen eine Abstimmung unter den lokalen AnwohnerInnen vornehmen. Stadterneuerung, ja! Aber für die Vielen, nicht die Wenigen!

Aber das ist nur einer der Punkte, die sich ändern müssen: Alle Parteien sind sich darin einig, die Leistungen unserer öffentlich Bediensteten zu loben: Die Feuerwehrleute, die im Grenfell Tower Leben gerettet haben, die PolizistInnen, die die Angreifer auf der London Bridge gestellt haben, der Polizist Keith Palmer, der sein Leben verloren hat, als Terroristen unsere Demokratie attackiert haben. Unsere öffentlich Bediensteten sorgen jeden Tag für den Unterschied zwischen einer geordneten und einer zerfallenden Gesellschaft. Jeder lobt sie. Aber nur Labour bringt ihnen echte Wertschätzung entgegen und will ihnen die Lohnerhöhung geben, die sie verdienen! [...]

In den letzten Tagen haben John McDonnell und Rebecca Long-Bailey ausgeführt, wie wir unsere wirtschaftspolitischen Pläne umsetzen werden, um sicherzustellen, dass es nachhaltiges Wachstum und sichere Arbeitsplätze in allen Teilen des Landes gibt, damit keine Gemeinde und keine Region zurückbleibt. [...]

Aber die Herausforderungen der Zukunft gehen weit darüber hinaus, einem Wirtschaftsmodell, das es verabsäumt hat für Investitionen und die Entwicklung unserer Gesellschaft zu sorgen, den Rücken zuzuwenden.

Wir müssen uns der Herausforderungen der Automatisierung und Digitalisierung stellen. Die Robotertechnik könnte viele Arbeitsplätze der Gegenwart ersetzen.

In den Händen der Gierigen ist diese technologische Entwicklung eine Bedrohung. Wenn sie im Interesse der ganzen Gesellschaft gemanagt wird, ist sie eine riesengroße Chance. Wir werden die Früchte dieses technologischen Fortschritts nicht alle ernten können, wenn er nur die Profite einiger Weniger vergrößern soll. Aber wenn er demokratisch gemanagt wird, wenn die Vorteile gerecht verteilt werden – dann kann es das Tor zu einer neuen Zukunft mit einer Neuverteilung von Arbeit und Freizeit sein, ein Sprungbrett für Kreativität und Kultur.

Automatisierung und technologischer Wandel werden die berufliche Weiterbildung und Qualifizierung in den nächsten Jahren noch wichtiger machen. Daher wird Labour eine Bildungs- und Ausbildungssystem von der Wiege bis zur Bahre schaffen, das den Menschen nicht nur Wissen, sondern auch Macht gibt und für das sie sich nicht privat verschulden müssen. Deshalb werden wir einen National Education Service schaffen, der das Studium und Berufsausbildungen kostenlos machen wird.

Lebenslanges Lernen ist essentiell für die Wirtschaft der Zukunft. Die große Veränderung der Arbeitswelt durch die Automatisierung muss geplant und gemanagt werden. Es erfordert die Umschulung von Millionen von ArbeitnehmerInnen. Nur Labour wird das umsetzen. Wie Angela Rayner gestern ausgeführt hat, wird unser National Education Service klare Prinzipien haben: umfassend, kostenfrei und ermächtigend. Das ist zentral für unseren Sozialismus des 21. Jahrhunderts, für die Vielen, nicht die Wenigen. [...]

Unsere Wirtschaft zu verändern wird aber nicht funktionieren, wenn wir nicht die Art verändern, wie unser Land regiert wird. Damit Menschen selbst die Kontrolle über ihr Leben übernehmen können, muss die Demokratie aus den Mauern von Westminster ausbrechen und alle Teile der Gesellschaft und der Wirtschaft erfassen. Überall auf der Welt ist die Demokratie mit zwei Bedrohungen konfrontiert:

Die eine Bedrohung ist die Entwicklung eines autoritären, intoleranten und feindseligen Nationalismus. Die andere scheint auf den ersten Blick harmloser, ist aber genauso tückisch: Es ist die Vorstellung, dass die großen Entscheidungen den Eliten überlassen werden sollen, dass die Politik kaum Entscheidungsspielräume hat und dass Menschen in erster Linie KonsumentInnen und dann erst BürgerInnen sind. Demokratie ist viel mehr als das.

Sie erfordert, Menschen auch abseits von Wahlzeiten zuzuhören. Nicht nur den Reichen und Mächtigen, sondern denen, die es nicht so leicht haben und die wissen, was im echten Leben vorgeht. Wie der Manchester Polizeioffizier, der Theresa May vor zwei Jahren gewarnt hatte, dass Kürzungen bei der Polizei Leben und Sicherheit der BürgerInnen riskieren. Seine Bedenken wurden abgetan, so wie die Pflegerin entlassen wurde, die als Whistleblowerin die Öffentlichkeit über Missstände bei der Pflege informierte. Oder wie die LehrerInnen, die eingeschüchtert wurden, als sie fehlenden Mittel für die Schulen unserer Kinder thematisierten. Oder die ÄrztInnen, deren Warnungen, dass der NHS vor unseren Augen zerbröckelt und PatientInnen gefährdet sind, ignoriert wurden.

Labour kämpft nicht nur für eine Gesellschaft, die ihre Güter gerechter verteilt, sondern in der die Regierung, die lokalen Verwaltungen, aber auch die Arbeitgeber den Menschen zuhören. Zu den schockierendsten Beispielen, wo Menschen nicht zugehört wurde, zählen die jüngst bekannt gewordenen Fälle sexuellen Missbrauchs Minderjähriger. Junge Menschen – und besonders oft junge Frauen aus der ArbeiterInnenklasse – wurden Opfer widerwärtigsten Missbrauchs. Eine der Antworten ist, dass die Stimme jedes und jeder Einzelnen gehört werden muss, egal, wer jemand ist oder welchen Hintergrund er oder sie hat.

Die Demokratie, die wir anstreben, stellt sicher, dass Menschen immer mitzureden haben, wie die Gesellschaft gestaltet wird, wie ihr Arbeitsplatz gestaltet ist, wie ihre Schulen und Spitäler organisiert sind. Das erfordert auch eine verstärkte Demokratisierung unserer lokalen Dienste. Das erfordert auch demokratisch kontrolliertes öffentliches Eigentum an natürlichen Monopolen, mit neuen, partizipativen Managementmethoden. Es erfordert, ArbeitnehmerInnen am Arbeitsplatz eine Stimme zu geben und den Gewerkschaften zu ermöglichen, sie ordentlich und ohne Einschränkung zu vertreten und zu organisieren. Ich habe vor zwei Jahren versprochen, dass ich Politik anders machen will. Das ist nicht immer leicht. Es gibt viele, die Politik so machen wollen, wie sie immer gemacht wurde. Aber lasst es mich nochmal sagen: Wir werden Politik anders machen. Und das entscheidende Wort dabei ist »Wir«!

Es geht nicht nur um Parteiführer, die andere Dinge sagen, sondern darum, dass jeder und jede die Chance hat, das Antlitz unserer Demokratie zu gestalten. Unsere Rechte als Bür-

gerInnen sind genauso wichtig wie unsere Rechte als KonsumentInnen. [...]

Machen wir die öffentlichen Dienste gegenüber ihren lokalen Nachbarschaften verantwortlich, machen wir Unternehmen gegenüber der Öffentlichkeit verantwortlich und PolitikerInnen wirklich jenen gegenüber, denen wir dienen. Die nächste Labour-Regierung wird Großbritannien verändern, indem sie wirklich die Macht in die Hände der Menschen, der kreativen, mitfühlenden, engagierten Menschen unseres Landes legen wird.

Daheim und international, was unsere Politik verbindet, ist das Mitgefühl und die Solidarität mit anderen Menschen. Das gilt auch für jene, die sich derzeit von den Hurrikan-Schäden in der Karibik und den Überflutungen in Asien und Texas, den Erdbeben in Mexiko erholen. Die Interdependenzen unseres Planeten könnten nicht offensichtlicher sein. Die ökologische Krise braucht eine gemeinsame, globale Antwort. Deshalb ist Präsident Trumps Drohung, das Pariser Klima-Abkommen zu kündigen, so alarmierend. Es gibt keinen Widerspruch zwischen dem Erreichen der Klimaziele und Investitionen in eine starke, hochqualifizierte Industrie – ganz im Gegenteil!

Maßnahmen gegen den Klimawandel sind ein starkes Motiv für Investitionen in »grüne Industrien« und Jobs der Zukunft, jedenfalls dann, wenn eine nachhaltige Umstellung organisiert wird.

Auch der Terrorismus kennt keine Grenzen. In diesem Jahr haben wir fünf furchtbare Beispiele erlebt. Zwei vor den Unterhauswahlen, eines in meinem eigenen Wahlkreis. Andy Burnham und Sadiq Khan haben als Bürgermeister von Manchester und London das ihre geleistet, um die Menschen nach diesen brutalen Angriffen wieder zusammenzubringen. Der Angriff auf unsere Demokratie, auf Teenager, die ein Pop-Konzert besuchen, auf Gläubige vor einer Moschee, auf PendlerInnen auf dem Weg zur Arbeit – all das sind furchtbare Verbrechen. Wir alle sind uns darin einig, ihre Drahtzieher zu verurteilen und die Blaulichtorganisationen zu unterstützen, die dafür arbeiten, dass wir in Sicherheit leben können.

Aber wir wissen auch, dass Terrorismus in einer Welt um sich greift, die unsere Regierungen durch gescheiterte Staaten, militärische Interventionen und Okkupationen mitgestaltet hat und in der Millionen vor Krieg und Hunger flüchten. Wir können das besser, indem wir langfristige Konfliktlösung

betreiben, statt bestehende Konflikte durch immer neue Militärexpeditionen weiter anzufachen. Wir müssen unsere Werte ins Zentrum unserer Außenpolitik stellen. Demokratie und Menschenrechte sind keine unverbindlichen Anregungen, die wir nur selektiv ernst nehmen. Wir können daher nicht über den brutalen Krieg im Jemen schweigen, den Saudi-Arabien führt oder über die Niederwerfung der Demokratie in Ägypten oder Bahrain [...]


Liebe GenossInnen, oft wird gesagt, dass Wahlen nur in der Mitte gewonnen werden können. Und in gewisser Weise ist das auch nicht falsch. Aber es muss klar sein, dass die politische Mitte kein fixer, unbeweglicher Punkt ist, und dass er sich auch nicht unbedingt dort befindet, wo es das Establishment vermutet. Die politische Mitte verschiebt sich, so wie sich die Erwartungen und Erfahrungen der Menschen ändern und politische Spielräume eröffnet werden. Die politische Mitte ist sicherlich nicht dort, wo sie vor 20 oder 30 Jahren gewesen ist.

Nach der großen Krise und Jahren der Austerität bildet sich ein neuer Konsens heraus, weil die Menschen eine politische Stimme für ihre Hoffnung auf etwas Anderes und Besseres finden. 2017 wird vielleicht als das Jahr in die Geschichte eingehen, in der die Politik endlich eine Antwort auf die Krise von 2008 gefunden hat – weil wir den Menschen eine klare Alternative geboten haben.

Wir müssen den Konsens weiter verbreitern und unsere Prioritäten schärfen, um sowohl für Mitgefühl als auch gemeinsame Träume zu werben. Das ist die wirkliche politische Mitte. Wir sind jetzt der politische Mainstream. Unser Wahlprogramm, unsere Vorschläge sind populär, weil sie das beinhalten, was die meisten Menschen in unserem Land wollen, nicht weil wir ihnen sagen, dass sie es wollen sollten. Das ist der Grund, warum wir erfolgreich sind, auch in Schottland, wo wir wieder die Themenführerschaft bei sozialer Gerechtigkeit übernehmen. [...]

Deshalb hat unsere Partei doppelt so viele Mitglieder als alle anderen Parteien zusammen. Liebe GenossInnen, wir haben den Status quo hinter uns gelassen, aber wir müssen die Veränderung, die wir anstreben, glaubwürdig und effektiv vertreten. Wir haben unsere internen Konflikte hinter uns gelassen. Aber wir müssen unsere Einigkeit auch leben. Wir wissen, dass wir kampagnenfähig sind. Wir müssen auch regierungsfähig sein. Wir brauchen ebenso Kompetenz wie Visionen.

Während unserer Wahlkampagne habe ich in allen Teilen des Landes Menschen getroffen und ihnen zugehört. Alleinerzieherinnen und jungen Menschen, denen die Zukunft verbaut wird. PensionistInnen, die sich um das Gesundheits- und Sozialsystem sorgen, öffentlich Bedienstete, die ihr möglichstes tun, um die Dienste aufrecht zu erhalten. Niedrig- und Mittelverdienende, Selbständige und Beschäftigte, die mit Unsicherheit und schlechten Lebensstandards zu kämpfen haben. Aber sie alle hatten die Hoffnung, dass die Dinge sich ändern können, dass Labour einen Unterschied bewirken kann. Viele haben schon seit Jahren nicht mehr gewählt. Sie alle haben unserer Partei ihr Vertrauen geschenkt, weil wir ein Gegenmittel gegen Apathie und Verzweiflung angeboten haben. Wir wollen alle wissen lassen – wir werden Euch nicht im Stich lassen!

Weil wir Euch zuhören. Weil wir an Euch glauben. Labour wird ein anderes Großbritannien verwirklichen – für die Vielen, nicht die Wenigen! 

100 BESTE PLAKATE

MAK



Grafik: Erich Brechbühl
Einige Nachrichten an das All
Auftraggeber: Theater Aeternam, Luzern
Druck: Serigraphie Uldry AG, Hinterkappelen/Bern
Schweiz
© Erich Brechbühl/100 Beste Plakate e.V.

**100 BESTE
PLAKATE**
MAK



Grafik: Martin Denker, Klaudia Brawanski
Atelier: KOSMOS – Büro für visuelle Kommunikation
Goethe – Faust (Eine Tragödie)
Auftraggeber: Eigenauftrag
Druck: Seltmann GmbH Druckereibetrieb, Lüdenscheid
Drucktechnik: Offsetdruck
Deutschland
© KOSMOS/100 Beste Plakate e. V.

Respekt, Herr Bundeskanzler!

Für beckmesserische Maßstäbe ist der Titel zwar nicht ganz korrekt - vor dem Bundeskanzler würde noch ein »Alt« gehören. Nur »Respekt, Herr Alt-Bundeskanzler« – wie hört sich denn das an?

Franz Vranitzky hat zu seinem 80. Geburtstag uns ein Präsent gemacht, indem er ein Buch über Respekt in der Politik schrieb. Es ist aber keine politische Benimmfibel, auch wenn man sich manchmal – und das immer öfter – dabei ertappt, so einen Elmyer des guten Benehmens in der Politik herbeizuwünschen. Dieser Wunsch ist sicher nur auf Wahlzeiten zurückzuführen. Für Nichteingeweihte: Der Elmyer ist in Wien eine Tanzschule bürgerlichen Zuschnitts, wo hoffnungsvollen Sprösslingen die Geheimnisse und Fertigkeiten des Gesellschaftstanzes näher gebracht werden – und auch die des guten Benehmens. Wer aber sagen würde, dass man es mit gutem Benehmen in der Politik sehr weit brächte, wird wohl ein eher abschätziges Achselzucken ernten als Zustimmung. Das nehmen wir einmal zur Kenntnis und schauen, ob wir mit Vranitzky und seinem Respekt weiterkommen.

Im Respekt steckt das lateinische *specere*, also sehen, schauen; und daraus abgeleitet *respectare*, also zurückschauen, sich umsehen, Rücksicht nehmen. Gut, jetzt werden auch wieder einige ob solcher Naivität den Kopf schütteln, aber: Das können doch auch politische Tugenden sein. Und würde es uns nicht gut anstehen, statt die Untugenden zu beklagen die Tugenden zu pflegen?

Vranitzky ist eindeutig: »Man sollte in der Öffentlichkeit einen Minimalstandard an Respekt und Fairness verlangen.« (S. 21) Wobei es ihm klar ist, dass sich Verhaltensmuster nicht verordnen lassen: »Letztendlich werden die Wähler entscheiden, welches Verhalten sie für angemessen halten, welche Art der Politik und der Umgangsformen sie sie unterstützen.« (S. 21) Vranitzky hält es auch für eine »höchst überflüssige Routine« (S. 20), wenn im politischen Tagesgeschäft die Leute in Parteien, deren Zuständigkeit im Angriff auf den politi-

schen Gegner liegt, es an Respekt und Höflichkeit mangeln lassen. Respekt als »Voraussetzung für einen friedlichen, harmonischen und produktiven Umgang von Politikern miteinander und mit den Bürgern« setze »ein gewisses Maß an innerer Stärke voraus.« (S. 83) Diese Stärke bräuchten nicht nur die Politikerinnen und Politiker, sondern auch die politischen Strukturen. Fünfzehn Probleme, die unserer Stärke im Wege stünden, benennt Vranitzky: Abkapselung, Anti-Eliten-Stimmung, Mittelschichtstraumata, Migration, machtlosere Politik und Parteien, die Banken, Bedeutungsverlust der Familien, Gefährdung der Aufklärung, schwindende Bindungskraft der Religionen, EU-Solidaritätsmangel, Autoritätsverlust der Medien und damit einhergehend verunsicherte Konsumenten, Justizversagen im politischen Bereich, gutes, aber umstrittenes Bildungssystem, Chaos vergrößernde Referenden, Föderalismus im Gesundheitssystem.

So weit, so gar nicht gut. Aber es wäre nicht Vranitzky, wenn er uns mit den Problemen am Hals stehen ließe. Das letzte Kapitel – Titel: »Mit Gelassenheit und Respekt gegen das Chaos« (S. 125) – hat fünfzehn Rezepte, die gleichzeitig Forderungen an die Politik sind. Wer bei Rezepten an Arzt denkt und dann den Vranitzky zugeschriebenen Sager, wird wohl nicht ganz falsch liegen. Peter Pelinka spricht ja im Vorwort von »oft erstaunlicher Selbst-Ironie« (S. 9) des Autors. Hier nun – ganz unironisch – die Rezepte: Amerikanisierung der Politik europäisch gestalten, mutige, keinesfalls autoritäre Politiker, Neu-Gestaltung der EU und der Globalisierung, faire Koalitionen mit fairen Umgangsformen, Respekt für Minderheiten, Zuwanderung mit Menschlichkeit und Realismus, Anerkennung der Gleichheit aller Menschen, Grundsätze der Aufklärung tatsächlich leben, Achtung des Rechts und Rechtsstaates, (Aus-) Bildung!, mehr Leistung und mehr Leistungsanreize, Nutzen der digitalen Revolution, mehr

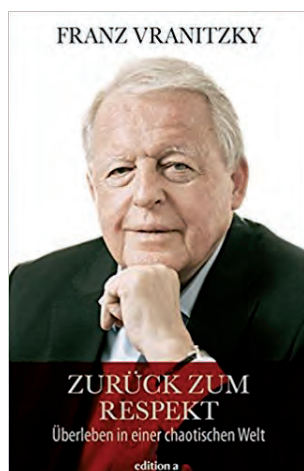
Leistungsbereitschaft zur Erhaltung des Sozialstaates, das Potenzial der Älteren nutzen, und – »Optimismus statt Pessimismus« (S. 159).

Zu Beginn seines Buches liefert Franz Vranitzky ein Psychogramm des Österreichertums, die innere Logik, die Österreich zusammenhält. Denn trotz der österreichischen Erfolgsgeschichte der vergangenen siebzig Jahre blieb »eine Ambivalenz von schwerem Minderwertigkeitskomplex und leichtem Größenwahn, eine Mischung aus Harmoniebedürfnis und Granteln, eine Neigung, sich über Nebensächlichkeiten aufzuregen« (S. 13) erhalten. Es ist wohl höchste Zeit, sich dieses Nationalkonstrukts zu entledigen. Und wer für diese Aufgabe erfolversprechende Ideen und Vorschläge braucht, der lese dieses Buch.

Zum Schluss gibt es noch eines zu tun: Franz Vranitzky zum 80. Geburtstag mit allem Respekt das Allerbeste zu wünschen! 🍷

MANFRED LANG

ist Redaktionsmitglied der ZUKUNFT.



Franz Vranitzky
Zurück zum Respekt
Überleben in einer chaotischen
Welt. Aufgezeichnet von Peter
Pelinka.

edition a, Wien 2017
160 Seiten, EUR 19,95

**100 BESTE
PLAKATE**
MAK



Grafik: Uwe Loesch
l'air de la ville rend libre
[Stadtluft befreit]
Auftraggeber: Fête du Graphisme, Paris
Drucktechnik: Digitaldruck
Druck: DruckDiscount24.de, Köln
Deutschland
© Uwe Lösch/100 Beste Plakate e. V.

**100 BESTE
PLAKATE**
MAK

wachholger



Grafik: P. Amund Wink, Ramon Keimig, Karolina Waal
Atelier: Rocket & Wink
Wachholger, Gebt ihnen fritz
Auftraggeber: fritz-kulturgüter GmbH, Hamburg
Druck: flyeralarm GmbH, Würzburg
Drucktechnik: Digitaldruck
Deutschland
© Rocket & Wink/100 Beste Plakate e. V.

Viel Marx, viel Rot & viel Demokratie



Thomas Ortner WENN DER STAAT TÖTET

Gottesfurcht, Staatsmacht, Technikglaube, Humanitätsgedanke – die Geschichte der Todesstrafe ist immer auch eine Reformgeschichte. Das Buch zeigt die historischen Legitimationsstrategien und widmet sich den heutigen Debatten – bedeutsam angesichts der aktuellen Diskussion um die Wiedereinführung der Todesstrafe in der Türkei. Aufklären will das Buch.

THEISS VERLAG, 208 Seiten, 23,60 Euro



Pierre Rosanvallon DIE GEGEN-DEMOKRATIE

Die Gegen-Demokratie ist nicht das Gegenteil von Demokratie, sie ist Bestandteil der parlamentarisch-repräsentativen Demokratie, somit permanenter Ausdruck von Misstrauen gegenüber den gewählten Institutionen. Gleichzeitig ist sie aber auch Ausdruck des politischen Engagements der BürgerInnen jenseits der Wahlurnen. Die Gegen-Demokratie bestätigt aber nicht nur, sie kann auch widersprechen.

HAMBURGER EDITION, 350 Seiten, 36 Euro



Arlie Russell Hochschild FREMD IN IHREM LAND

Arlie Russell Hochschild reiste ins Herz der amerikanischen Rechten, nach Louisiana, und suchte fünf Jahre lang das Gespräch mit ihren Landsleuten. Sie traf auf frustrierte Menschen, deren »Amerikanischer Traum« geplatzt ist; Menschen, die abgehängt wurden. Hochschilds Reportage ist nicht nur eine erhellende Deutung einer Gesellschaft, sondern auch ein Stück Literatur.

CAMPUS, 429 Seiten, 30,80 Euro



Gareth Stedman Jones KARL MARX

Gareth Stedman Jones beschreibt Leben und Werk von Marx konsequent aus ihrem Kontext im 19. Jahrhundert auf der Suche nach einer neuen Deutung. In einer Epoche des industriellen und politischen Umbruchs erscheint Marx als Zeitgenosse, der versucht, Antworten auf die neuen Herausforderungen zu finden, von denen er nicht ahnen konnte, wie sehr sie die Welt verändern.

S. FISCHER, 896 Seiten, 32,90 Euro



Gerd Koenen DIE FARBE ROT

Der Traum von der großen welthistorischen Kommunion, in der alle Menschen Brüder werden und keiner mehr des anderen Knecht sein muss, hat eine gewaltige Spur durch die Jahrhunderte gezogen, bis im Oktober 1917 die Revolution in Russland den Kommunismus an die Macht bringt. Doch als die Utopie nach der Wirklichkeit greift, wird der Traum zum Albtraum.

C. H. BECK, 1133 Seiten, 39,10 Euro



Anne Hartmann »ICH KAM, ICH SAH, ICH WERDE SCHREIBEN«

Lion Feuchtwanger bezeichnete seinen Reisebericht »Moskau 1937« selbst als »pro-bolschewistisches Buch« und wurde für seine Haltung angegriffen. Anne Hartmann zeigt anhand einer Fülle persönlicher Briefe und Tagebucheinträge Feuchtwangers sowie anhand von Dokumenten des russischen Geheimdienstes, dass der berühmte Schriftsteller keineswegs so naiv und »blind« war, wie oft behauptet wird.

WALLSTEIN VERLAG, 456 Seiten, 40,10 Euro

Frauen, Männer & Häuser



Orhan Pamuk
DIE ROTHAAARIGE FRAU

Aus dem Türkischen von Gerhard Meier. Als er die Schauspielerin zum ersten Mal im Theaterzelt sieht, ist Cem nur der Lehrling des Brunnenbauers Murat. Sie ist schön, ihr rotes Haar leuchtet wie Feuer. Je mehr der Lehrling sich zu ihr hingezogen fühlt, desto mehr entfremdet er sich von Meister Murat. Orhan Pamuk erzählt eine Geschichte von Vätern und Söhnen, von Schuld und Sühne in der Türkei.

HANSER VERLAG, 272 Seiten, 22,70 Euro



Tristan Garcia
FABER. DER ZERSTÖRER

Aus dem Französischen von Birgit Leib. Der junge Faber war cool, schlau, ein bisschen gefährlich, ziemlich unnahbar, etwas großwahnstinnig, ein verführerischer Rebell. Das Idol der ganzen Schule und ihre erste große Liebe. Doch als Madeleine ihn in seiner armseligen Hütte in den Pyrenäen wiederfindet, erkennt sie ihn kaum wieder. Er ist verwahrlost und offenbar verrückt, mitunter buchstäblich besessen.

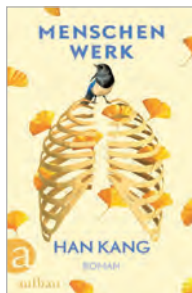
KLAUS WAGENBACH, 432 Seiten, 24,70 Euro



Joseph Andras
DIE WUNDEN UNSERER BRÜDER

Aus dem Französischen von Claudia Hamm. Fernand Iveton legt im November 1956 für die algerische Unabhängigkeitsbewegung in einem verlassenen Gebäude eine Bombe. Der Algerienfranzose wird verraten und noch vor der Detonation verhaftet. Ein Militärgericht in Algier verurteilt ihn zum Tode; er wird er am 11. Februar 1957 hingerichtet. Ein Franzose auf Seiten der Algerier ist nicht tragbar.

HANSER VERLAG, 160 Seiten, 18,50 Euro



Han Kang
MENSCHENWERK

»Ich kämpfe, jeden Tag. Ich kämpfe gegen die Schande, überlebt zu haben und immer noch am Leben zu sein. Ich kämpfe gegen die Tatsache, dass ich ein Mensch bin. Und Sie, ebenso ein Mensch wie ich, welche Antworten können Sie mir geben?« Ein Junge ist gestorben, und die Hinterbliebenen müssen weiterleben. Han Kang beschreibt in ihrem Roman, wie dehnbar die Grenzen menschlicher Leidensfähigkeit sind.

AUFBAU VERLAG, 224 Seiten, 20,60 Euro



Salman Rushdie
GOLDEN HOUSE

Aus dem Englischen von Sabine Hering. Nero Golden kommt aus einem Land, dessen Namen er nie wieder hören wollte, seit er mit seinen drei erwachsenen Söhnen vor ein paar Jahren nach New York gezogen ist und sich eine junge Russin zur Frau genommen hat. Der junge Filmemacher René wohnt im Nachbarhaus und ist fasziniert von der Familie, die ihm besten Stoff für ein Drehbuch liefert.

C. BERTELSMANN, 512 Seiten, 25,70 Euro



Ljudmila Ulitzkaja
JAKOBSLEITER

Aus dem Russischen von Ganna-Maria Braungardt. Nach der Revolution ziehen Jakow und Marussja mit ihrer kleinen Familie nach Moskau. Während Marussja der neuen Regierung vertraut, erkennt Jakow bald die Missstände. Unter Stalin wird er nach Sibirien verbannt. Seine Enkelin Nora sieht er nur einmal als Kind. Sie lernt ihren Großvater erst aus seinen Liebesbriefen an die Großmutter kennen.

HANSER VERLAG, 640 Seiten, 26,80 Euro

100 BESTE PLAKATE

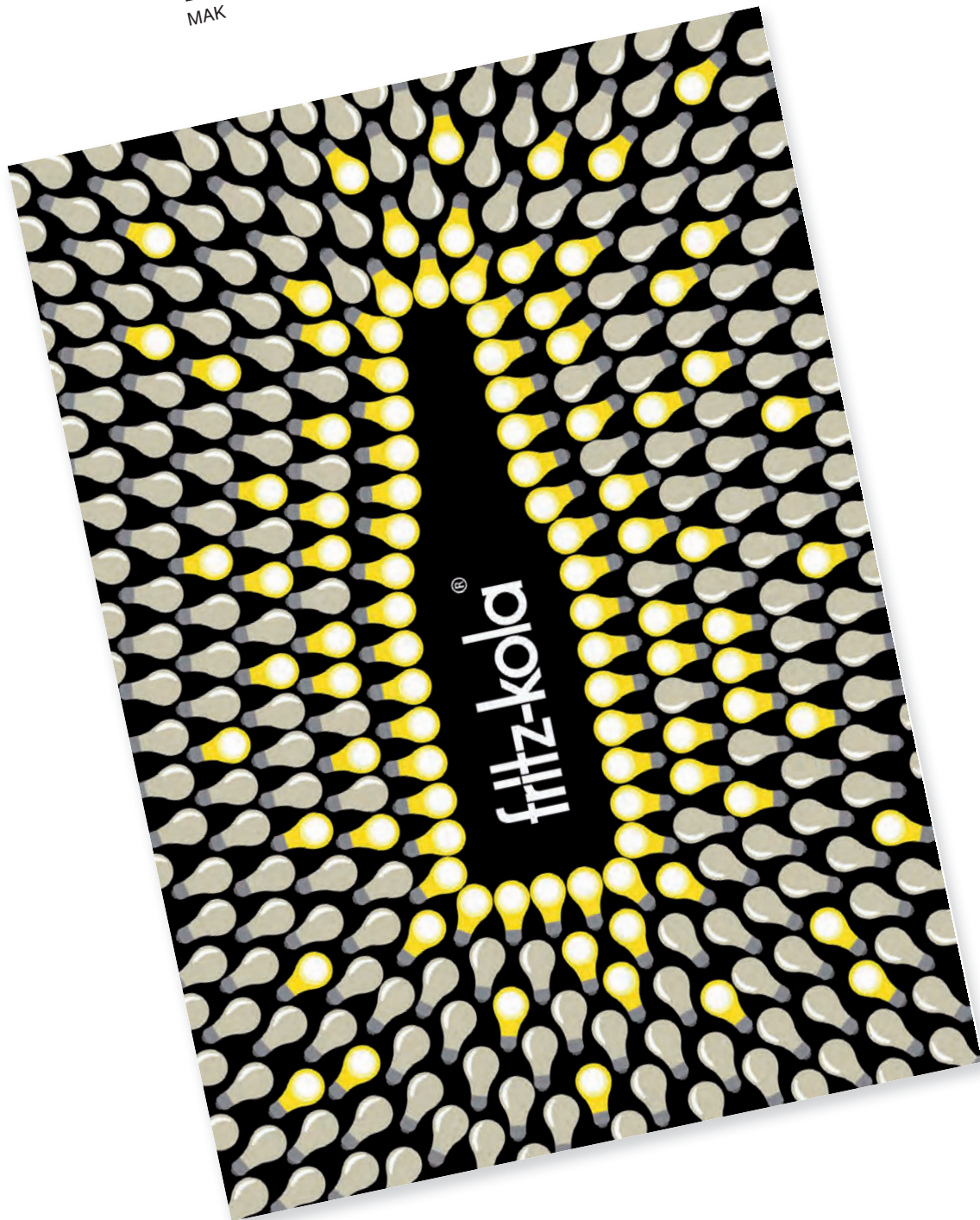
MAK



Grafik: P. Amund Wink, Jennifer Gebhardt
Atelier: Rocket & Wink
Augen, Anziehungskraft
Auftraggeber: fritz-kulturgüter GmbH, Hamburg
Druck: flyeralarm GmbH, Würzburg
Drucktechnik: Digitaldruck
Deutschland
© Rocket & Wink/100 Beste Plakate e. V.

100 BESTE PLAKATE

MAK



Grafik: P. Amund Wink, Jennifer Gebhardt
Atelier: Rocket & Wink
Ideen, Anziehungskraft
Auftraggeber: fritz-kulturgüter GmbH, Hamburg
Druck: flyeralarm GmbH, Würzburg
Drucktechnik: Digitaldruck
Deutschland
© Rocket & Wink/100 Beste Plakate e. V.



ZUKUNFT ABONNEMENT

Kupon ausschneiden
& einsenden an:

VA Verlag GmbH
Kaiser-Ebersdorferstraße 305/3
1110 Wien

Ich bestelle ein **ZUKUNFT**-Schnupperabo (3 Hefte) um 8,- Euro
 ein **ZUKUNFT**-Jahresabo (11 Hefte) um 44,- Euro

Name:

Straße:

Ort/PLZ:

Tel.:

E-Mail:

Unterschrift: